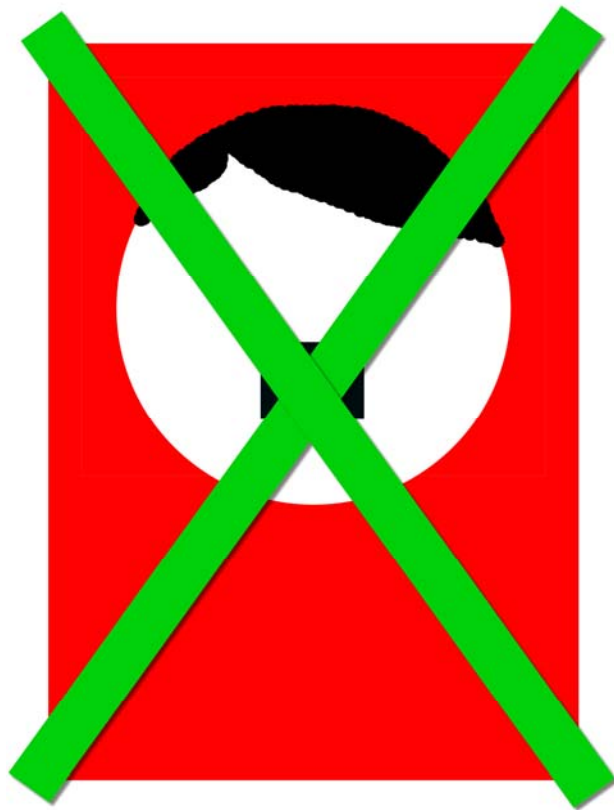


Rechtsextremistische Herausforderung

Vom Umgang mit Demokratieverächtern

Grüne



Tipps und Tricks gegen Rechts

Landtagsfraktion Niedersachsen



Rechtsextremistische Herausforderung – Vom Umgang mit Demokratieverächtern

Tipps und Tricks gegen Rechts

Rechtsextremistische Herausforderung – Vom Umgang mit Demokratieverächtern

Tipps und Tricks gegen Rechts

Vorwort

1. Rechtsextremismus: Ideologie – Ursachen – Entwicklung
2. Rechtsextremismus – Situation in Niedersachsen
3. Umgang mit Rechtsextremismus
 - a. Argumente gegen Rechtsextremismus
 - b. Veranstaltungsprinzipien und Kommunikationsregeln
 - c. Rechtsextreme in den Parlamenten – Umgangsstrategien
 - d. Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen
 - e. Umgang mit rechtsextremen Parteitag
4. Konzepte gegen Rechtsextremismus
 - a. NPD-Verbot – ja oder nein?
 - b. Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus
 - c. Zivilgesellschaftliche Gegenwehr – Niedersächsische Fallbeispiele
 - d. Nachhaltige Konzepte gegen Rechtsextremismus – Demokratie neu lernen

Rechtsextremistische Herausforderung – Vom Umgang mit Demokratieverächtern

Tipps und Tricks gegen Rechts

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

seit den Erfolgen der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird das Thema Rechtsextremismus und Gewalt in Medien und Politik erneut verstärkt diskutiert. Auch in Niedersachsen gibt es vielfältige rechtsextremistische Aktivitäten: Von tumben Nazi-Demos in den Städten, über Skinhead-Konzerte bis hin zu Jürgen Rieger mit seinen Bestrebungen ein rechtsextremes Schulungszentrum aufzubauen.

Leider wird meist nur nach spektakulären Wahlerfolgen oder brutalen Übergriffen über das Thema Rechtsextremismus gesprochen. Das war so nach den Brandanschlägen auf Asylbewerberheime in den 1990er Jahren und nach diversen Einzügen der Republikaner, der DVU oder jetzt der NPD in Kommunal- oder Landtagsparlamente. Das Thema eignet sich indessen nicht für kurzatmige und aufgeregte Debatten, sondern muss ernsthaft und langfristig angegangen werden. Demokratie und Weltoffenheit fallen nicht wie Manna vom Himmel, sondern müssen in jeder Generation neu gelernt werden. Die Ideologie des Rechtsextremismus ist ein Anschlag auf die Grundlagen unserer Demokratie, weil sie das Lebensrecht von Menschen in Frage stellt und unsere Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaat ablehnt.

Bei vielen Initiativen, Vereinen und Organisationen gibt es ein großes Bewusstsein für das rechtsextreme Problem in unserer Gesellschaft und das Bedürfnis konkret etwas zu machen. Mit diesem Reader haben wir versucht, neben einigen theoretischen Teilen, vor allem ganz praktische Tipps und Handlungsanweisungen im Umgang mit Rechtsextremismus zu geben, damit unsere Gesellschaft bunt und solidarisch bleibt und nicht den Rassisten und Rassistinnen überlassen wird.

Ralf Briese
MdL

Marcus Blumtritt
Grüne Jugend

Andrea Meyerhoff
Fraktionsmitarbeiterin

1. Rechtsextremismus: Ideologie – Ursachen – Entwicklung

Definition

Rechtsextremismus ist eine Sammelbezeichnung für politische Orientierungen, Ideologien und Aktivitäten, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen und ihn durch eine autoritär geführte Volksgemeinschaft ersetzen wollen. Dabei wird ein eigenes Volkstum oder eine Rasse proklamiert und höhergestellt, um andere Menschengruppen abzuwerten und auszugrenzen. Im Kern dieser Ideologien steht eine überhöhte Vorstellung von der Nation und die unwissenschaftliche These von der Ungleichwertigkeit der Menschen. Der Rechtsextremismus als Ideologie lehnt Grund- und Menschenrechte der einzelnen Individuen ab und ist daher sowohl menschen-, als auch verfassungsfeindlich. Rechtsextremismus ist keine politische Theorie oder Programmatik. Vielmehr verbindet die Anhänger des Rechtsextremismus undemokratische und inhumane Grundüberzeugungen wie Rassismus, Antisemitismus und nationaler Chauvinismus.

Das Bundesverfassungsgericht hat in den Parteiverbotsverfahren der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Kapitalistischen Partei Deutschlands (KPD) in den 1950er Jahren die juristischen Prinzipien in Form einer Negativdefinition für eine verfassungsfeindliche Partei aufgestellt. Danach sind für den demokratischen Rechtsstaat folgende Merkmale grundlegend: Grund- und Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Kontrolle der Exekutive, Mehrparteienprinzip.

Jede Form von Rechtsextremismus geht von einer naturgegebenen Ungleichheit der Menschen aus und lehnt daher das an den universalen Menschenrechten orientierte Gleichwertigkeitsprinzip ab. Dies unterscheidet ihn von demokratisch orientierten Politikkonzepten. Aus dieser „Ideologie der Ungleichheit“ werden ethnische, geistige und körperliche Unterschiede zum Kriterium für die Zuweisung eines minderen Rechts- und Wertestatus für bestimmte Individuen und Gruppen hergeleitet.

Neben ausgeprägtem Rassismus und Nationalismus ist ebenfalls Gewaltlegitimierung und -orientierung, sowie der Hang zu Militarismus und Autoritarismus kennzeichnend für Anhänger des Rechtsextremismus. Pluralität, Minderheitenrechte und Multikulturalismus werden abgelehnt und durch extreme Vereinfachung und Dogmen ersetzt. Der Rechtsextremismus hat oft paranoide Züge (Verfolgungs- und Überfremdungsängste) gepaart mit Größenwahn (Herrenrasse / völkische Überlegenheit). Bevorzugtes Vokabular sind abstrakt-mythologische Begriffe ohne konkreten Inhalt: Volk, Raum, Schicksal, Nation und Rasse.

Da die rechtsextremistische Ideologie ihre Geburtsstunde in der Französischen Revolution hat, deren allgemeine Erklärung von individuellen Grund- und Menschenrechten sie auch heute noch ablehnt, kann man sie als voraufklärerisch, mythengläubig und irrational charakterisieren. Das unwissenschaftliche, extrem vereinfachende und irrationale Moment macht den Rechtsextremismus gefährlich und auch (für gewisse Schichten) attraktiv.

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk bezeichnet Verfolgungs- und Größenwahn als die beiden Kernelemente rechtsextremen Denkens. Der Größenwahn führe zu Nationalismus, Rassismus, Heroen-Mythen, Elitismus, Ethnozentrismus, zum Führerprinzip und zur Beschwörung der Volksgemeinschaft. Der Verfolgungswahn erzeugt

Feindbilder, Verschwörungstheorien („Die Ausländer / die Juden sind schuld“), Antisemitismus, Untergangsbefürchtungen, Anti-Intellektualismus, diffuse und irrationale Überfremdungängste, sowie die Angst vor Bürgerkrieg, Chaos und Klassenkampf.

Während der Rechtsextremismus explizit die verfassungsmäßige Ordnung *überwinden* will, zeichnen sich Rechtsradikale und Populisten zwar durch ähnliche Argumentations- und Wertemuster aus (Rassismus, Nationalismus, Überfremdungspanik), allerdings sind deren Ziele und Absichten nicht konkret systemüberwindend und damit verfassungsfeindlich, sondern Rechtsradikale wollen eine radikale Veränderung *innerhalb* des bestehenden verfassungsrechtlichen Rahmens. Auf einer Extremismuskala sind daher die meist biedereren Rechtspopulisten am unteren Ende zu verorten, während die verfassungsfeindlichen und gewalttätigen Rechtsextremisten der NPD am oberen Ende einzuordnen sind.

Ursachen

Soziologischer Erklärungsansatz

Die sozialwissenschaftliche, psychologische und historische Forschung versucht seit langem die Ursachen, Bedingungen und Einflussfaktoren für rechtsextremistische Ideologien herauszuarbeiten. Es existiert ein bunter Strauß an Theorien und Hypothesen, die sich teilweise ergänzen, teilweise aber auch widersprechen. Der älteste und auch heute noch akzeptierte Erklärungsansatz ist soziologischer Natur: In Phasen eines schnellen, dynamischen oder sogar radikalen gesellschaftlichen Wandels kommt es zu Verunsicherungen, Orientierungsverlusten und z.B. Ängsten vor gesellschaftlichem Absturz. Dadurch gewinnen extremistische Erklärungsansätze an Attraktivität: Komplexe gesellschaftliche Veränderungen werden auf monokausale Ursachen zurückgeführt (Arbeitslosigkeit durch zu viele MigrantInnen) und suchen sich Ventile. Empirisch unterfüttert wird diese Theorie sowohl von den überdurchschnittlich starken rechtsextremen Einstellungen in den neuen Bundesländern, als auch in der Weimarer Republik. Der umwälzende Globalisierungsprozess mit all seinen Facetten (Standortverlagerung, Steuerwettbewerb, Arbeitsmigration, Kulturrelativismus) macht rechtsextreme Erklärungsansätze vor allem für die sogenannten bildungsfernen Schichten bzw. Modernisierungsverlierer attraktiv.

Psychoanalytisch-pädagogischer Ansatz

Aus der Kritischen Theorie (Adorno, Horkheimer) kommt ein sozialpsychologischer Ansatz, der z.T. auch heute noch vertreten wird, aber nicht unumstritten ist. Danach sind autoritäre und gefühlskalte Erziehungsmuster maßgeblich für autoritätshörige und der Gewalt zuneigende Personen. Vor allem ein dominanter autoritärer Vater erhöht eine Anfälligkeit für Extremismus. Immunisierend und vorbeugend ist demgegenüber eine Erziehung die auf Liebe, Einfühlungsvermögen, Warmherzigkeit und Empathie basiert. Im weitesten Sinne gestützt wird dieser Erklärungsansatz vom Gewalt- und Konfliktforscher Heitmeyer, der in der Anfälligkeit zum Rechtsextremismus eine Suche nach Anerkennung, Gruppenzugehörigkeit und Identität sieht.

Theorie der Ungleichgewichtszustände

Die Vertreter dieses Ansatzes gehen davon aus, dass Individuen, die ihren (ökonomischen und sozialen) Status in Gefahr sehen, dazu neigen, rechtsextreme Bewe-

gungen zu unterstützen. Vor allem die Angst vor sozioökonomischem Abstieg fördert extremistische Einstellungen. Eine ähnliche Erklärung ist der sog. Deprivationsansatz. Danach sind unerfüllte wirtschaftliche, kulturelle und soziale Erwartungen ursächlich für extremistische Einstellungen. Enttäuschung und Frust führen in diesen Überlegungen zu Radikalisierung.

Demokratisch-kultureller-institutioneller Ansatz

Hier werden die Form des politischen Diskurses in einem Staat und die Stabilität und das Vertrauen verschiedener Institutionen wie Parlamente, Gerichte, Schulen, Verwaltungen als Erklärungsansatz herangezogen. Wenn die politische Auseinandersetzung von Glaubwürdigkeit und Fairness geprägt ist, herrscht ein hoher Immunitätsstatus gegen rechtsextremistische Einstellungen. Werden demgegenüber der Staat und seine maßgeblichen Subsysteme wie Ökonomie, Religion, Medien, Verbände als korrupt und egozentrisch erlebt, gewinnt der Rechtsextremismus an Sympathie.

Allen Erklärungen und Ansätzen ist gemeinsam, dass sie nicht allein die Unterstützung von rechtsextremen Bewegungen und deren Entstehung erklären können. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass sie ineinander wirken (müssen) und durch kumulative und wechselseitige Effekte den Rechtsextremismus befördern. So ist ein Jugendlicher aus gewalttätigem Elternhaus mit wenig Schulbildung in einer Situation hoher Arbeitslosigkeit und allgemeiner Verunsicherung relativ stärker anfällig für Rechtsextremismus, als ein Jugendlicher mit gefestigter Persönlichkeit und hohem Bildungsgrad bei gleicher gesamtwirtschaftlicher Lage. Ebenso sind Menschen mit geringer Bildung und niedrigem sozialem Status die dennoch Teilhabe und soziale Unterstützung erfahren weniger gefährdet in rechtsextreme Kreise abzurutschen.

Entwicklungen

Historisch betrachtet hat der Rechtsextremismus seine Entstehung in der Ablehnung der Menschenrechtserklärung von 1789. Individualrechte und die philosophische Herleitung der individuellen Menschenwürde durch Immanuel Kant – der Mensch hat seine Existenzberechtigung aus sich selbst heraus und nicht bloß als Zweckobjekt – werden von Anhängern des Rechtsextremismus abgelehnt. Ursprünglich noch dem alten monarchischen Absolutismus verhaftet, radikalisierten sich Teile der alten Statusgruppen des Feudalismus zu paranoiden Rechtsextremisten. Dies geschah spätestens als sich der demokratische Parlamentarismus immer stärker durchsetzte.

Herkunft, Aufgabe und Bestimmung des Menschen liegen nach Meinung des Rechtsextremismus in der „Volksgemeinschaft“. Theoretisch-unwissenschaftlich untermauert wird diese Hypothese durch biologistische und sozialdarwinistische Erklärungsansätze. Ziel der Existenz des Menschen sind die Erhaltung der „Rasse“ und eine daraus wie auch immer geartete höhere Bestimmung. Insofern ist der mythengläubige Rechtsextremismus eine Art Pseudoreligion bzw. Pervertierung des Religiösen.

Der Rechtsextremismus hat die demokratischen (teils individualistischen, teils egalitären) Bewegungen des 19. Jahrhunderts in Form von Liberalismus und Sozialdemokratie stets vehement bekämpft und den Parlamentarismus als „Quasselbude“ abgelehnt. Nach der totalen Niederlage des Faschismus in Deutschland hatte der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik eine Phase der Bedeutungs- und Orientierungs-

losigkeit. Zwar hatte die NSDAP-Nachfolgepartei SRP in den 50er Jahren Wahlerfolge und es tummelten sich weitere Deutschnationale Parteien im politischen Angebotsspektrum. Allerdings wurde durch Parteienverbot und Ausbau des Sozialstaates bei gleichzeitigem ökonomischem Aufschwung den Rechtsextremen das Wasser abgegraben. Die kurze Renaissance der NPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre war hauptsächlich der Großen Koalition und der neuen Ostpolitik (Versöhnung mit Polen statt „Schlesien bleibt unser“) geschuldet. Außerdem gab es die erste wirtschaftliche Rezession der Nachkriegsphase. In den 1970er Jahren gab es eine Umorientierung im organisierten Rechtsextremismus: Statt rückwärtsgewandter revanchistisch orientierter Altnazis bildete sich eine neo-nazistische und sehr gewaltbereite Gruppe neuer Rechtsextremer heraus. Sie erlangte allerdings kaum politischen Einfluss, machte aber durch Terror und Gewalt auf sich aufmerksam. So wurden durch einen Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest im Jahr 1980 13 Menschen getötet und über 200 Menschen verletzt.

Neue Unterstützung bekommt der Rechtsextremismus seit einer länger anhaltenden ökonomischen Stagnation, gepaart mit einer sich verfestigenden Sockelarbeitslosigkeit, einer „Krise des Sozialstaates“ und einer diffusen Globalisierungsfurcht. Asyldebatten und Überfremdungsdiskurse bei gleichzeitiger politischer Leugnung des „Einwanderungslandes Deutschland“ und daher unterlassener Integrationspolitik, machten es den neuen Rechtsextremen leicht, Ängste zu schüren, mit diesen Stimmen zu fangen und politisch-parlamentarische Erfolge zu erzielen. Verschiedene sozialwissenschaftliche Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland ein potenzielles rechtsextremistisches WählerInnen- und Unterstützerpotential von 7-15% gibt. Die jüngsten Untersuchungen der Friederich-Ebert Stiftung kommen zu dem Schluss, dass nicht weniger als 42% der Bürgerinnen und Bürger eine Ausländerkepsis haben und sich „überfremdet“ fühlen.

Seit den späten 1980er Jahren und im darauf folgenden Jahrzehnt sind Rechtsradikale immer wieder in verschiedene Landesparlamente eingezogen: Die Republikaner in Berlin und Baden-Württemberg, die DVU in Bremen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg und zuletzt die besonders aggressive NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die NPD ist gefährlicher als ihre rechtspopulistischen Vorgänger bzw. Mitbewerber, da sie vor allem im Osten regelrechte rechtsextreme Milieus aufbaut und besonders in ländlichen Räumen ein nationalistisches Lebensgefühl initiiert. Hier wählen nicht nur enttäuschte ProtestwählerInnen Rechts, sondern überzeugte Rechtsextremisten. Dagegen helfen nur ein langer Atem, ein kontinuierliches Lehren und Lernen von Demokratie und Toleranz, sowie der Aufbau einer starken, demokratisch gefestigten Zivilgesellschaft.

Fazit

Der Rechtsextremismus stellt fundamental die rechtlichen, sozialen und ökonomischen Grundsätze der Bundesrepublik in Frage. Das Grundgesetz, das mit seinen Grund- und Individualrechten ein humaner Gegenentwurf zum Nationalsozialismus ist, wird von Rechtsextremisten abgelehnt. Die Kultur- und Ideengeschichte Deutschlands samt ihrer christlichen Wurzeln und der Aufklärungsphilosophie (Lessing, Schiller, Goethe, Kant, Hegel) wird ausgeblendet. Der Zivilisationsbruch und die Barbarei des Nationalsozialismus werden relativiert und gerechtfertigt. Die erfolgreiche Demokratisierung der Bundesrepublik mitsamt den Grundprinzipien der Menschen- und Minderheitenrechte, der sozialen Marktwirtschaft, der Einbettung in die Europäische

Union und der Entwicklung einer freien und kritischen Medienlandschaft wird abgelehnt.

Der Rechtsextremismus ist ein Anschlag auf die Werte und Fundamente dieser Gesellschaft: Er ist inhuman, unhistorisch, pseudowissenschaftlich, irrational und großwahnstinnig.

2. Rechtsextremismus – Situation in Niedersachsen

In Niedersachsen gibt es eine Vielzahl rechtsextremer Organisationen. Neben den einschlägig bekannten Parteien gibt es eine Reihe von „freien Kameradschaften“ und rechtsextremistisch ausgerichteten Vereinen. Der niedersächsische Verfassungsschutz schätzt die Zahl der organisierten Rechtsextremisten auf rund 3000. Die Wählerschaft liegt deutlich höher und hängt vor allem davon ab, ob sich rechtsextreme Parteien gegenseitig Konkurrenz machen und in wie weit sie einen professionellen Wahlkampf organisieren und dementsprechend WählerInnen mobilisieren können.

Niedersachsen ⁶	2004	2005
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	980	930
Neonazis	365	365
Parteien:	1.710	1.530
<i>NPD</i>	460	580
<i>DVU</i>	800	730
<i>REP</i>	450	220
Sonstige Organisationen ⁷	230	100
Summe	3.285	2.925
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	3.130	2.825

Auch wenn die DVU hinsichtlich ihrer Mitgliederanzahl die größte rechtsextreme Partei darstellt, gehen von ihr derzeit in Niedersachsen keine nennenswerten Aktivitäten aus. Weitaus bedeutender und gefährlicher ist die NPD einzuschätzen: Die NPD hat durch die gewonnenen Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg Vorpommern Auftrieb bekommen und versucht sich derzeit zu professionalisieren. Dafür wird ein strategisches Nachwuchskonzept erarbeitet, und es finden jugendspezifische Werbeaktionen wie die kostenlose Verteilung rechtsextremer Musik statt. Regelmäßige populistische Demonstrationen in verschiedenen Städten sorgen für Aufmerksamkeit. Zudem hat die NPD Schwerpunktregionen in Niedersachsen gewählt, in denen verstärkt politisch gearbeitet wird.

Im Rahmen des sog. „Deutschlandpaktes“ haben die NPD und die DVU vereinbart, bei Wahlen nicht gegeneinander anzutreten, sondern sich gegenseitig zu unterstützen. So tritt die DVU im Mai 2007 bei der Bremer Bürgerschaftswahl an, während die NPD bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2008 antreten will. Die Republikaner haben in Niedersachsen einen Mitgliederschwund zu verzeichnen, sind hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit mit NPD und DVU zerstritten und gegenwärtig als relativ unbedeutend einzuschätzen. Nur im Raum Salzgitter sind sie kommunal noch vertreten.

Im rechtsextremen Spektrum sind neben den genannten Parteien auch die neonazistischen Kameradschaften zu beachten. Diese treten häufig mit aggressiver Rhetorik bei Demonstrationen und Aufmärschen in Erscheinung. In der niedersächsischen NPD gibt es Spannungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Kameradschaften. So verfolgt der amtierende Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld (Oldenburg) einen distanzierten Kurs, während sein Stellvertreter Adolf Dammann (Stade) auf eine enge Kooperationen setzt. Dieser Machtkampf innerhalb der niedersächsischen NPD macht den politischen Spagat deutlich, den die Partei anstrebt: Einerseits sollen durch bürgerliches Auftreten WählerInnen aus dem nationalkonservativen Spektrum gewonnen werden, andererseits versucht die NPD beim aggressiven „Kampf um die Straße“ die Kameradschaften einzubinden. Während ein allzu aggressives Auftreten in der Öffentlichkeit abschreckend auf potenzielle WählerInnen aus dem nationalkonservativen Milieu wirkt, drohen einflussreiche Kameradschaftsanführer wie der Hamburger Christian Worch, der NPD ihre Unterstützung im Landtagswahlkampf zu verweigern, falls sie sich nicht zum radikalen Kurs der Kameradschaften bekennt. Diese offenkundige Gewaltbereitschaft ist ein Strukturmerkmal der rechtsextremen Bewegung. Die Totalitarismusforscherin Hannah Arendt hat Gewalt und Terror als ein Wesensmerkmal des Rechtsextremismus beschrieben. Hierauf ist bei jeder Demonstration, Aktion und Aufklärung gegen Rechtsextremismus hinzuweisen, um den Braunen jede Stimme wegzunehmen. Rechtsextreme sind keine harmlosen Biedermeier im patriotischen Gewande, sondern nur allzu oft tatsächlich gefährlich und gewalttätig.

Wahlergebnisse der Rechtsextremen in Niedersachsen

Die 1964 in Niedersachsen gegründete NPD zog 1967 mit einem Wahlergebnis von 5,3% der Stimmen in den niedersächsischen Landtag ein. Ähnliche Wahlerfolge erzielte die Partei in den Jahren 1966-68 auch in anderen Bundesländern. Ein Erklärungsansatz dafür liegt darin, dass die große Koalition im Bund zwischen 1966 - 69 ein Erstarren der politischen Ränder zur Folge hatte. In den darauf folgenden Jahren kam es für die NPD allerdings zu erheblichen Stimmverlusten und nach Wahlergebnissen von lediglich 0,2 % in den Jahren 1990 und 1994 ist die Partei bei den vergangenen Landtagswahlen (1998 und 2003) überhaupt nicht angetreten.

Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte die NPD in Niedersachsen landesweit 1,3 % der Zweitstimmen und konnte damit ihre Vormachtstellung im rechtsextremen Parteienspektrum stärken. Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr erreichte die NPD landesweit zwar nur 0,1 % der Stimmen, konnte aber in einzelnen Regionen (z.B. Helmstedt, Verden, Stade) in Kommunalparlamente einziehen und errang insgesamt 18 Mandate in niedersächsischen Kommunen. Relativ stark waren in den 1990er Jahren allerdings die Republikaner in Niedersachsen (derzeit 6 Mandate in Kreisen und Gemeinden). Sie haben 1994 immerhin 3,7% erreicht. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass eine rechtsextreme Partei erneut den Sprung in den niedersächsischen Landtag schafft, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Dafür muss sowohl ein rechtsextremes Thema medial und gesellschaftlich „zündend“ und die rechtsextremen Parteien müssen sich einig sein. Daneben ist eine hohe Unzufriedenheit mit den demokratischen Parteien notwendig.

Landtagswahl 2008

Im Hinblick auf die Landtagswahl 2008 ist davon auszugehen, dass die NPD ihre Wahlkampfaktivitäten auf bestimmte Schwerpunktregionen konzentrieren wird, in denen sie bereits kommunale Anknüpfungspunkte hat (u.a. Helmstedt, Verden, Wilhelmshaven und Stade). Die NPD wird ein landesweites Wahlergebnis von mindestens 1,0 % der Stimmen anstreben, um damit öffentliche Gelder in Form von Wahlkampfkostenrückerstattung zu erhalten. Es ist weiterhin zu erwarten, dass die NPD sich insbesondere um Erst- und JungwählerInnen bemühen wird. Es gehört mittlerweile zum Konzept der NPD vor allem für JungwählerInnen attraktiv zu sein. In der Altersklasse bis 30 Jahre haben in Sachsen 17% rechtsextrem gewählt. In dieser Gruppe wiederum deutlich mehr Männer als Frauen. Die männlichen Rechtsextremen verfügen größtenteils über geringe Bildungsabschlüsse. Daher sucht sich die NDP gezielt Berufsbildende Schulen und Hauptschulen als Werbeorte aus. Hier sind sowohl Schulleitung und Schulträger, als auch die Lehrerschaft und nicht zuletzt die SchülerInnen und deren Eltern zu sensibilisieren.

In vergangenen Landtagswahlkämpfen hat die rechtsextreme Partei zu diesem Zwecke in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die sog. „Schulhof-CD“ verteilt. Auch in Niedersachsen war im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2005 in einzelnen Städten zu beobachten, dass die NPD versuchte, durch die Verteilung der Schulhof-CD Jugendliche für nationalistische Propaganda zu gewinnen. Es ist in der Medienwirkungsforschung umstritten, welcher politische Einfluss von rechtsextremer Musik ausgeht. Fakt ist allerdings, dass über Musikkonzerte versucht wird, an Jugendliche heranzukommen und, dass die extremen Hassbotschaften der Musik gefährliche Vorurteile verstärken können. Hier muss unbedingt die jugendliche Gegenkultur gestärkt werden. Rock gegen Rechts – Kultur für Toleranz – Kunst und Literatur für Demokratie und Menschenrechte. Es gibt viele Möglichkeiten dem völkischen Stumpfsinn etwas Sinnvolles entgegenzuhalten. Bei allen Unterschieden in den Parteiprogrammen muss das gemeinsame Ziel aller Demokraten lauten: Keine Rechtsextremen in den Landtag!

Rechtsextreme Straftaten in Niedersachsen

Die Anzahl der erfassten Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund ist in Niedersachsen analog zum Bundestrend in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Während im Jahr 2004 insgesamt 1.399 Straftaten in diesem Bereich registriert wurden, waren es im Jahr 2005 bereits 1.518 Straftaten und auch im vergangenen Jahr war die Tendenz deutlich ansteigend (1.578 Straftaten allein zwischen 01.01.06 und 31.10.06). Der größte Teil dieser Straftaten fällt in den Bereich der Propagandadelikte und Volksverhetzung. Die Tatsache, dass unter den Delikten auch rechtsextrem motivierte Gewalttaten (insbesondere Körperverletzungen) festzustellen sind, verdeutlicht die Brutalität, die sich häufig hinter der bürgerlich-biedereren Fassade der Neonazis versteckt. Die Frankfurter Rundschau und der Tagesspiegel haben durch Recherchen herausgefunden, dass rechtsextreme Gewalttaten seit dem Jahr 2000 mehr als 100 Todesopfer forderten.

Allein die statistisch erfassten rechtsextremen Straftaten sind bereits alarmierend. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer noch viel höher liegt, da Opfer rechter Gewalt häufig aus Angst vor weiteren Übergriffen schweigen, oder rassistische Drohungen und Parolen nicht zur Anzeige gebracht werden. Dieses Verhal-

ten ist falsch! Rechtsextreme Straftaten müssen zur Anzeige gebracht werden. Opfer rechtsextremistischer Bedrohung müssen sich Hilfe holen und diese angeboten bekommen, sowohl bei der Polizei, als auch bei Opferschutzgruppen und Vereinen. In Niedersachsen gibt es dafür die staatliche Stiftung Opferhilfe www.opferhilfe.niedersachsen.de wie auch den Weissen Ring als Opferschutzberatung www.weisser-ring.de. Den Opfern rechtsextremer Gewalt muss eine Stimme gegeben werden! Hierfür ist auch Öffentlichkeitsarbeit wichtig, damit die Opfer nicht das Gefühl haben, allein gelassen zu werden.

3. Umgang mit Rechtsextremismus

3. a) Argumente gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Argumente zeichnen sich durch eine extreme Vereinfachung und Radikalität aus. Das beliebte wie falsche Argument in allen Debatten lautet: „Die Ausländer sind schuld! Schuld an der Arbeitslosigkeit, Schuld an der Überlastung der Sozialsysteme und Schuld an der Kriminalität“. Diese Behauptungen sind falsch, primitiv, diskriminierend und menschenverachtend.

Politische Debatten braucht man mit verbohrten Rechtsextremen nicht zu führen; das ist sinnlos und frustrierend. Geschulte Nazikader wollen nicht Argumente austauschen, sondern provozieren, Aufmerksamkeit erregen, Bedrohungen und Angst ausüben und sich selbst in Szene setzen. Anders verhält es sich mit nicht gefestigten SympathisantInnen und hier insbesondere Jugendlichen: Diese sind oftmals auf der Suche nach Zugehörigkeit und noch aufgeschlossen, wenn fair und sachlich diskutiert und mit vernünftigen sowie überzeugenden Argumenten die rechtsextreme Propaganda widerlegt wird. Der Übergang vom labilen, mit Rechtsextremismus sympathisierenden Jugendlichen zum gefestigten Nazifunktionär ist fließend und geschieht nicht auf Knopfdruck. Wer sich in Diskussionsrunden allerdings nicht an grundlegende Kommunikationsregeln hält, sondern nur die immer gleiche Propaganda runterleiert, kann als Gesprächsteilnehmer nicht ernst genommen werden. Solche Auseinandersetzungen machen keinen Sinn und strapazieren nur die Nerven. Das „Gespräch“ muss dann abgebrochen werden. Rechtsextremistische Behauptungen und Forderungen zu widerlegen ist nicht schwer, denn rechtsextremistische Programme sind unlogisch, widersprüchlich, wirr und dogmatisch.

Neuerdings versucht die NPD neben dem rassistischen Themenfeld auch auf wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern zu punkten (bspw. Hartz-4-Proteste). So wird einerseits in gnadenlosem Populismus ein üppiger Sozialstaat gefordert, und andererseits extrem globalisierungskritisch und antikapitalistisch (national und sozialistisch!) agiert. Hier kann es vordergründig Schnittmengen mit linker Politik geben, wenn z.B. gegen Privatisierung oder eine ungerechte Globalisierung gestritten wird. Verdeutlichen muss man sich dabei jedoch die völlig unterschiedlichen Motivations- und Begründungszusammenhänge: Rechtsextreme wollen eine nationalsozialistische Volkswirtschaft. An einer gerechten Weltordnung sind sie nicht interessiert. Neue perfide Strategie ist es auch, sich zum Anwalt „der kleinen Leute“ zu machen. Reale soziale Nöte werden aufgegriffen und mit primitiven Rezepten („Ausländer raus!“) und Bedrohungsszenarien (bspw. durch ein weltweit agierendes, kulturzersetzendes Finanzkapital) verknüpft.

Bereits die beiden Kernelemente des Rechtsextremismus – Rassismus (gefühlte völkisch-nationale Überlegenheit) und Verfolgungswahn (Angst vor zu vielen Ausländern) – sind logisch betrachtet nicht miteinander vereinbar. Denn wenn der „Herrenmensch“ tatsächlich so großartig und unbesiegbar ist, warum fürchtet er sich dann so jämmerlich vor anderen Kulturen und Ethnien? Also: Wenn es zu verbalen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen kommt, gibt es gute Gründe für Mut und Selbstvertrauen, denn Vernunft, Logik und Menschlichkeit sind auf unserer Seite. Gelassenheit, Selbstvertrauen und Schlagfertigkeit müssen allerdings geübt sein. Mentale Vorbereitung und die Vergegenwärtigung der eigenen Grundüberzeugungen sowie der Gründe dafür sind eine sinnvolle Trockenübung.

7 mal rechtsextremer Unsinn

1. Völkischer Nationalismus statt Völkerverständigung

Die Annahme einer wie auch immer zu begründenden und gearteten Überlegenheit einer bestimmten „Rasse“, einer Nation, eines Volkes oder einer sonstigen, willkürlich gebildeten Kollektivgruppe ist unwissenschaftlich. Zwar glaubten viele Völker und Nationen im Laufe der Geschichte sie seien die „Auserwählten“ und daher Überlegen, doch genau daran erkennt man schon die Widersinnigkeit der Idee: Es können nicht alle die Besten sein, denn dann wären sie wieder alle gleich. Untergegangen sind bisher auch die allergrößten Reiche im Laufe der Zeit – Reiche von den Persern, Ägyptern, Griechen und Römern, den Mongolen, Hunnen, Karolingern, den Spaniern, Engländern und von den Franzosen – und weil die Hybris und der Wahnsinn in Deutschland am Größten waren, dauerte das 1000jährige Reich ganze 12 Jahre. Es gibt keine Überlegenheit irgendwelcher Kollektive gegenüber anderen. Und wer den Kampf ums Dasein predigt, blendet die Kulturgeschichte des Menschen aus und macht sich selbst zum Tier.

2. „Die Ausländer sind schuld!“ – Angst vor der bunten und kreativen Gesellschaft

Fakt ist, dass MigrantInnen dieses Land in den 1960er Jahren mit aufgebaut haben und vor allem diejenigen Arbeiten verrichteten, zu denen Deutsche nicht mehr bereit waren. Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne MigrantInnen nicht möglich gewesen. Politisch fatal war die jahrelange Leugnung des „Einwanderungslandes Deutschland“ durch die Konservativen und die damit unterlassene aktive Integrationspolitik. MigrantInnen zahlen in der Summe mehr in die Sozialsysteme ein, als sie beanspruchen. Ohne MigrantInnen würde die Deutsche Wirtschaft zusammenbrechen. Angesichts des Geburtenrückganges und den damit verbundenen Problemen der umlagefinanzierten Sozialsysteme brauchen wir mehr Zuwanderung, wenn wir unseren Lebensstil und eine funktionierende Wirtschaft erhalten wollen.

Eine Parole von Rechtsextremen lautet: Volksgemeinschaft statt Multi-Kulti-Chaos. Wirtschaftlich starke Staaten haben jedoch hohe Zuwanderungszahlen. Die USA, Kanada und Australien haben hohe Migrationzahlen bei gleichzeitiger ökonomischer Prosperität. Die Innovationsforschung zeigt, dass vor allem ein kultureller Mix (Diversity) in Gesellschaften, Institutionen und Unternehmen neue Ideen hervorruft. Kulturelle Vielfalt ist spannend, kreativ und erfolgreich, allerdings nicht konfliktfrei. Rechts-extreme fühlen sich davon überfordert und verängstigt.

Neben diesen historischen und ökonomischen Argumenten gegen Fremdenfeindlichkeit gibt es noch den allgemeinen kulturellen und zivilen Wert der Aufgeschlossenheit gegenüber dem Anderen, die allgemeine Mitmenschlichkeit und die Idee der Völkerverständigung.

3. „Schärfere Gesetze müssen her!“ – sagt eine Bande von Straftätern

Populistisch, demagogisch und hysterisch sind die rechtsextremistischen Forderungen, Kriminalität aller Art durch härtere Gesetze zu bekämpfen. Abgesehen davon, dass die kriminologische Forschung aufzeigt, dass es keinen Zusammenhang zwischen Höhe der Strafandrohung und Kriminalitätsaufkommen gibt – diese Forderung bringt also gar nichts – ist sie auch unglaublich heuchlerisch. Das rechtsextreme Straftatenaufkommen steigt seit Jahren an. Darunter sind nicht „nur“ Propagandadelikte und Volksverhetzung, sondern auch Körperverletzung, Waffenbesitz und -handel, bis hin zu Totschlag und Mord. Seit dem Jahr 2000 gab es über 100 Tötungsdelikte in Deutschland mit rechtsextremen Hintergrund. In Bayern hat der Neonazi Wiese ein Sprengstoffattentat geplant und ist zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die extrem rassistische Band „Landser“ ist wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden. Im NPD Bundesvorstand sitzt der bekennende Neonazi Thorsten Heise, der mehrere langjährige Haftstrafen wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsrecht und Volksverhetzung abgesessen hat. Der Neonazi Thomas Wulff ist wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Holocaustleugnung verurteilt worden. Das Straftatenregister von rechtsextremen Funktionären ist unglaublich hoch. Auch der ehemalige NPD-Vorsitzende Decker saß mehrere Jahre im Gefängnis. Für sexuellen Missbrauch fordert die NPD die Todesstrafe, doch kürzlich musste ein Landtagsabgeordneter der NDP in Sachsen sein Mandat aufgeben, da er Kinderpornographie auf seinem Computer hatte. Die NPD hat eine große Zahl von verurteilten Straftätern und Gesetzesbrechern in ihren Reihen. In jeder Auseinandersetzung mit Rechtsextremen ist sachlich, aber konsequent auf die hohe Zahl von Straftätern hinzuweisen, um den Rechtsextremismus als das zu enttarnen, was er ist: gewaltbereit und rassistisch. Rechtsextremisten sind weder biedere noch rechtstreue Bürger, sondern gefährliche Hetzer.

4. „Das politische System ist korrupt und verlogen!“ – sagen die Veruntreuer von Steuergeld

Rechtsextreme aus NPD und DVU verunglimpfen das parlamentarische System gerne als korrupt, dekadent und schwächlich. Die NPD ist derzeit aufgrund von falschen Rechenschaftsberichten aus Thüringen zur Rückzahlung von 860.000 € Wahlkampfkostenerstattung verpflichtet. Da die Partei (angeblich) vollkommen pleite ist, hat der Vorsitzende Voigt die Mitglieder um ein Sonderopfer gebeten.

Laut NPD-Programmatik sollen die Politikerdiäten an ein „allgemeines Volkseinkommen“ angeglichen werden. Jenseits der Frage, wo das denn liegen soll, passt zu dieser Forderung so gar nicht, dass eine der ersten Anschaffungen der NPD in Sachsen ein Mercedes Benz aus den steuerfinanzierten Fraktionsgeldern war. Wasser predigen und Wein trinken ist nicht überzeugend. Die DVU-Fraktion in Bremen hat nur bleibenden Eindruck dadurch hinterlassen, dass aus Fraktionsgeldern private Waschmaschinen angeschafft wurden. Die zahlenmäßig so starke DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt hat sich kurz nach der Wahl 1998 vollkommen zerstritten, aber poli-

tisch rein gar nichts auf die Reihe gebracht. Die politikwissenschaftliche Forschung hat in vielen Untersuchungen herausgefunden, dass Rechtsextreme in den Parlamenten häufig durch Inkompetenz, Faulheit und Korruption „glänzen“.

5. Toleranz und Meinungsfreiheit fordern – Nationalbefreite Zonen mit Terror schaffen

Unerträglich sind rechtsextreme Parolen, die sich auf Verfassung, Grundrechte und Meinungsfreiheit berufen, obwohl diese abgeschafft werden sollen. Rechtsextremisten, die den totalitären Faschismus verherrlichen und gleichzeitig Meinungsfreiheit und Versammlungsrechte fordern, sind nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern völlig unglaubwürdig. Zur NPD-Strategie gehört der Schulterchluss mit den militanten neonazistischen freien Kameradschaften. Diese propagieren offensiv die Strategie von „national befreiten Zonen“ durch Terrorisierung und Bedrohung gegen MigrantInnen und andere Minderheiten. Die Medien- und Presselandschaft ist für Rechtsextreme ein Meinungskartell und soll durch eine homogene völkische Berichterstattung ausgewechselt werden. Meinungsfreiheit bedeutet daher für Rechtsextreme Gleichschaltung. In Diskussionen mit biedereren Rechtsextremisten, die sich auf Toleranz, Meinungsfreiheit sowie Minderheitenrechte berufen und sich als Opfer von „Meinungskartellen“ darstellen, sind Texte von rechtsextremen Musikgruppen zu zitieren. Da heißt es z.B. bei der Skinheadband mit dem unglaublich zynischen Namen „Zyklon B“: „Für unser Fest ist nichts zu teuer: 10.000 Juden für ein Freudenfeuer.“

6. Deutsche esst deutsche Bananen – gegen EU und Welthandel

Der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik liegt nicht zuletzt im erfolgreichen Export begründet. Der Exportweltmeister Deutschland verkauft seine Produkte weltweit, woran viele Arbeitsplätze gebunden sind. Gleichzeitig kaufen wir Elektronik und Kleidung aus Asien, Rohstoffe aus Russland und Kaffee aus Südamerika. Die internationale Arbeitsteilung läuft sicher nicht fair und gerecht; tatsächlich gibt es fragwürdige Subventionen, Preisverzerrungen und Sozialdumping. Auch ökologisch betrachtet ist das hohe Transportaufkommen durch die Globalisierung sehr kritisch zu bewerten, d.h. die Umweltkosten sollten in den Preisen abgebildet werden. Dennoch ist der internationale Warenaustausch eine ökonomische Erfolgsgeschichte. Nicht zuletzt die EU zeigt das: Die osteuropäischen Staaten drängen in die EU, weil sie erfolgreich ist und den Ländern nützt, sowohl unter außenpolitischen, als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ein Kontinent, der sich über Jahrhunderte befehdet und bekriegt hat, ist friedlich geworden. Rechtsextreme wollen demgegenüber zurück auf deutsche Sonderwege, die in der Vergangenheit stets in Krieg und Zerstörung mündeten. Die NPD will eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ ohne Außenhandel. Eine Politik der Isolation und Abschottung bedeutet: wirtschaftliche Rezession mit Arbeitslosigkeit, neue Rivalität mit den Nachbarn, da der Rechtsextremismus sich immer von Feinden umzingelt sieht und das völkische Einheitsgericht der Kartoffelsuppe.

7. „Volksherrschaft“ statt Parlamentarismus

In Artikel 20 des Grundgesetzes steht: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – ergo: Wir haben schon Volksherrschaft! Etwas anspruchsvoller ausgedrückt ist das die „Volkssouveränität“. Die Bürger bestimmen die Zusammensetzung der Parlamente und können sich selbstverständlich auch selbst bewerben. Herrschaft und Beherrschte kontrollieren sich gegenseitig und wechseln sich ab. Dieses intelligente Prinzip

nennt man „Demokratie“. Die meisten Menschen verstehen, akzeptieren und wollen diese Regierungsform. Sie ist weltweit recht erfolgreich, wenn auch nicht perfekt. Der Rechtsextremismus versteht unter Volksherrschaft allerdings eine Diktatur im Sinne von „Alle Macht dem Führer!“ damit man selbst nicht mehr denken braucht. Diese Logik der Volksherrschaft verstehen allerdings tatsächlich nur Rechtsextreme.

3. b) Veranstaltungsprinzipien und Kommunikationsregeln

Ein neueres und perfides Prinzip von NPD und Co. ist jüngst die sog. „Wortergreifungsstrategie“ bei Diskussionen, Versammlungen und öffentlichen Diskursen. Die dahinter liegende Idee ist, bei allen öffentlichen Gelegenheiten für rechtsextremes Gedankengut zu werben, den politischen Gegner zu schockieren, zu provozieren und mundtot zu machen. Bei eigenen Veranstaltungen sollte man in der Vorbereitung bereits darauf achten, dass Rechtsextreme unerwünscht sind und dies explizit in die Einladung schreiben. Damit hat man die rechtliche Handhabe, ungebetene Gäste zu vermeiden bzw. vor die Tür zu setzen.

Politische Diskussionen sind keine sozialpädagogischen Veranstaltungen. Daher sollte man sich die Bekehrung von Rechtsextremen hier am besten sparen. Es macht meist ohnehin keinen Sinn. Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen kann zudem von den Veranstaltern jederzeit das Hausrecht durchgesetzt werden. Analog zu Demonstrationen sind Absprachen im Vorfeld mit der Polizei sinnvoll, damit entweder Polizeipräsenz vor Ort gewährleistet ist oder aber diese schnell herbeitelefoniert werden kann. Handgreifliche Auseinandersetzungen mit den Braunen sollte man sich ebenfalls sparen. Saalmikrofone müssen in den Händen eines / einer Verantwortlichen liegen und sind tunlichst nicht in die Hände von Hetzern und Propagandarasslern zu geben.

Bevor eine politische Diskussionsrunde startet, sind alle TeilnehmerInnen auf bestimmte Kommunikationsregeln zu verpflichten; wer sich daran nicht hält, dem wird das Wort entzogen. Generell ist es sinnvoll, in jeder Diskussion nach der Devise „Fasse Dich kurz!“ zu verfahren, denn langatmige Welterklärungs prediger oder Erlebnisschilderer ermüden jeden noch so interessierten Zuhörer. Rassistisches, antisemitisches oder generell menschenfeindliches oder abwertendes Ungedankengut ist zu untersagen. Dem / der Sprechenden ist zuzuhören bzw. ausreden zu lassen; Unterbrechungen, Pöbeleien und anderweitige Störungen sind nicht angesagt. Eine aufgeklärte und respektvolle Kommunikation kritisiert oder verunglimpft auch keine Person, sondern höchstens den geäußerten Gedanken oder eine politische Position. Diese kommunikativen Mindeststandards sollten eingefordert werden. Wer sich daran nicht hält, scheidet als qualifizierter und geachteter Diskussionsteilnehmer aus.

In allgemeinen öffentlichen Veranstaltungen, die die Gefahr bergen, dass auch rechtsradikale Biedermeier oder provozierende Glatzköpfe im Publikum sitzen und sich zu Wort melden, kann man sich mental im Vorfeld auf ein paar kluge, klare und konsequente Widerworte vorbereiten. Kommt in einer sozialpolitischen Diskussion ein Wortbeitrag wie „Die Ausländer plündern unsere Rentenkassen!“, kann man dem entgegenhalten, dass das schlicht Unsinn ist. Rentenanwartschaften erwirbt nur derjenige, der auch einzahlt. Generell zahlen die nach Deutschland Eingewanderten aber in Gänze mehr in die Sozialsysteme ein, als sie ausbezahlt bekommen. Mit ausländerfeindlichen Parolen lässt sich das Rentenproblem jedenfalls nicht lösen.

Wenn in einer Podiumsveranstaltung kritisiert wird, dass kein Vertreter einer „nationalen“ Partei eingeladen worden sei und dies damit undemokratisch sei, dann ist zu entgegnen, dass erstens undemokratische Parteien auch nichts auf einer demokratischen Versammlung zu suchen haben und zweitens Rassisten und Antisemiten auch keinen Beitrag zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher Probleme beitragen können. Die Problemlösungskompetenz von Rechtsradikalen lag in der in der Vergangenheit stets in Krieg, Terror und Vernichtung.

Bei Diskussionen über Kriminalität kommt zudem oft der Kommentar, dass die „Ausländerkriminalität“ deutlich höher liege als die von Deutschen. Dabei werden alle Kriminalitätsformen in einen Topf geschmissen. Für den Tatbestand der Steuerhinterziehung und der Wirtschaftskriminalität mit extrem hohen Schadenssummen stimmt das zum Einen nicht, und zum Anderen werden die Ursachen von Kriminalität wie z.B. mangelnde Chancengerechtigkeit, schwächere Bildungsabschlüsse oder das spezielle Ausländerrecht nicht beachtet.

Das Problem bei den populistischen und billigen rechtsradikalen Phrasen ist, dass man differenzieren und erklären muss. Dies sollte man am Anfang ruhig erläutern, nach dem Motto: Das Problem ist komplizierter als die rassistische Äußerung uns glauben machen will. Erstens, zweitens, drittens....

Man sollte bei allen Auseinandersetzungen immer ruhig bleiben und sich nicht aus der Fassung bringen lassen. Wut und Empörung stören nur bei der klaren Gedankenführung. Auch eine „Entrüstungsmoralpredigt“ hilft meist nicht viel, sondern ruft dümmliches Grinsen hervor. Also noch mal: Ruhig bleiben, aber fest und konsequent antworten. Auf der Seite der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt www.arug.de kann die Broschüre: „Streiten mit Neonazis?“ heruntergeladen werden. Darin sind hilfreiche Tipps zur Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, auf denen rechtsradikale Propaganda droht. Bei der „alternativen Kommunalpolitik Sachsen Daks e.V.“ kann eine Broschüre zum Umgang mit Rechtsextremisten im Alltag heruntergeladen werden; auch hier sind viele nützliche und praktische Tipps zu bekommen. www.daksev.de

3. c) Rechtsextreme in den Parlamenten – Umgangsstrategien

Zwar hat die NPD landesweit bei den letzten Kommunalwahlen in Niedersachsen nur 0,1% der Stimmen bekommen, aber leider sitzen trotzdem 24 rechtsextreme Mandatsträger (18 NPDler und 6 Republikaner) seit 2006 in den niedersächsischen Räten. Hier stellt sich somit die Frage, wie demokratische Parteien in den betroffenen Kommunen mit rechtsextremen Mandatsträgern und mit deren Anträgen und Redebeiträgen umgehen sollen. Gute Vorbereitung und eine durchdachte, in sich stimmige Strategie ist dabei notwendig und hilfreich. Grundsätzlich ist es wichtig, dass es zu einem Schulterschluss aller demokratischen Parteien kommt, um eine gemeinsame Strategie gegen Rechtsextremismus zu entwickeln und umzusetzen. Keinesfalls sollten sich DemokratInnen im Kampf gegen Rechtsextremismus spalten. So etwas nutzt nur den Radikalen.

Es wird selten möglich sein, rechtsextreme Mandatsträger von ihrer rassistischen und menschenfeindlichen Ideologie abzubringen. Ein realistischeres und sinnvoller Ziel dagegen ist es, der Öffentlichkeit den demokratiefeindlichen Charakter der NPD

deutlich zu machen und gleichzeitig einer Normalisierung und schleichenden Akzeptanz des Rechtsextremismus in den Parlamenten entgegenzuwirken. Es gilt die NPD zu widerlegen, zu entlarven und zu delegitimieren, statt sie zu verbieten. Rechtsextreme verbreiten zumeist die immer gleichen, unlogischen und unmenschlichen Plattitüden. Daher ist es nicht schwer, der rechtsextremen Ideologie etwas Vernünftiges entgegenzuhalten, wenn man sich gedanklich und inhaltlich gut vorbereitet.

Ignorieren oder aktiv bekämpfen?

In der Politikwissenschaft sowie in der praktischen Politik wird kontrovers diskutiert, ob es strategisch effektiver und sinnvoller ist, den Rechtsextremismus durch Ignoranz oder durch aktive Gegenmaßnahmen einzudämmen. Wir plädieren für einen aufgeklärten Mix aus beiden Ansätzen. Absolut falsch ist es, rechtsextreme Entwicklungen, Umtriebe oder gar wahlpolitische Erfolge zu verharmlosen und darauf zu bauen, dass sich das braune Problem von selbst lösen wird. Der gewalttätige und rassistische Rechtsextremismus darf nicht bagatellisiert werden. Gleichwohl ist der Einwand bedenkenswert, Rechtsextremisten keine zu große öffentliche Bühne und mediale Präsentationsfläche zu bieten. Denn genau das ist von Rechtsextremen gewollt: Aufmerksamkeit bekommen und Öffentlichkeit herstellen. Daher muss dem Rechtsextremismus konsequent und kreativ, aber auch sachlich und überzeugend begegnet werden. Hysterie, übersteigerte Emotionen oder gar Angst und Panik helfen nicht weiter.

Umgang mit Anträgen

Es ist eine sinnvolle Strategie, Anträge der NPD grundsätzlich abzulehnen. Selbst wenn es sich im seltenen Einzelfall um einen kommunalpolitisch sinnvollen Antrag handelt, sollte dieser trotzdem von allen demokratischen Parteien abgelehnt werden, eben weil er von der NPD eingebracht wurde. Ein solcher Umgang ist notwendig, um eine klare Grenze zu ziehen zwischen den demokratischen Parteien und den Demokratiefeinden von Rechtsaußen. Schleichende Akzeptanz oder gar partielle Bündnisse darf es mit Menschen- und Verfassungsfeinden nicht geben. Stattdessen kann man seine Ablehnung gut und nachvollziehbar damit begründen, dass man keine politische Zustimmung oder Zusammenarbeit mit Parteien praktizieren will, die das Lebensrecht von MigrantInnen, Behinderten oder Obdachlosen in Frage stellen und das Ziel verfolgen, die Bundesrepublik Deutschland „abzuwickeln“. Rassismus und Antisemitismus – in welchem Gewande auch immer – dürfen politisch nicht geduldet werden. Ein abgelehnter Antrag kann später durchaus von den demokratischen Parteien erneut eingebracht werden, wenn diese die Beweggründe für ihr Verhalten offensiv und konsequent kommunizieren. Sinnvoller ist es allerdings, kommunalpolitisch hellwach zu sein und den Rechtsextremen gar keine Möglichkeit zur Profilierung zu bieten.

Ein weiteres effektives Mittel im Umgang mit NPD-Anträgen stellt eine strenge Prüfung bezüglich formeller Mängel dar. Dadurch kann es gelingen die kommunalpolitische Inkompetenz von NPD-Abgeordneten bloßzustellen, die – entgegen der in rechtsextremen Kreisen verbreiteten Propaganda – nur allzu oft anzutreffen ist. Diese Unfähigkeit gilt es sachlich, aber auch beharrlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Professionalität rechtsextremer Abgeordneter hängt allerdings stark von der Person ab. Der Politikwissenschaftler Leggewie hat die Kommunalpolitik von Rechtsextremisten in Hessen untersucht und kommt zu dem Schluss, dass die Bilanz der prak-

tisch-parlamentarischen Arbeit rechtsradikaler Fraktionen selbst bei wohlwollender Betrachtung katastrophal ist. Die Kritiker des Parteienfilzes und der „Systemparteien“ waren in kürzester Zeit weit unter deren Niveau und übertrafen alle Phänomene der Inkompetenz, Korruption und Bürgerferne. Eine weitere Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass rechtsextreme Kommunalpolitiker fast nur durch Anwesenheit, aber wenig durch inhaltliche Arbeit auffallen. Dennoch sind Rechtsextreme niemals zu unterschätzen. In Niedersachsen gibt es rechtsextreme Mandatsträger die über eine durchaus profunde Bildung verfügen. Also aufgepasst!

Kommunikation

Wie ist auf rechtsextreme Reden und Beiträge am effektivsten zu reagieren? Eine Analyse der Grünen im sächsischen Landtag und eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Uni Greifswald über kommunale Rechtsextreme in Mecklenburg-Vorpommern haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Im sächsischen Landtag haben sich die demokratischen Parteien darauf verständigt, auf rechtsextreme Beiträge kurz und prägnant, aber auch deutlich und unhysterisch zu reagieren. Kontraproduktiv sind sowohl lange Debatten zu rechtsextremen Anträgen – damit gibt man ihnen Zeit und Raum die sie nicht verdienen – als auch eine skandalisierende Entrüstungsmoral. Denn damit emotionalisiert man eine Debatte. Und genau das wollen Rechtsextreme oftmals. Sie wollen provozieren und damit Schlagzeilen und Öffentlichkeit erzielen. In diese Falle sollten keine klugen Demokraten tappen. Weder die zahlenmäßige Stärke und schon gar nicht die politischen Inhalte der Rechtsextremisten sind es wert, lang und breit diskutiert zu werden. Bei Skandalisierungs- und Kommunikationsverweigerungen besteht im Übrigen die Gefahr, dass die Rechten sich zu Märtyrern und Verkündern der „einzig wahren Wahrheit“ stilisieren, welcher die anderen Parteien argumentativ nichts entgegenzusetzen hätten. Ob man die Rechten ansonsten als Personen vollkommen ignoriert oder aber versucht, sie doch wieder ins demokratische Lager zu ziehen, ist jeweils vom Einzelfall abhängig und kann hier nicht verallgemeinernd empfohlen oder abgelehnt werden.

Ausgrenzung und Entlarvung

Die NPD ist keine Partei innerhalb des demokratischen Spektrums, sondern sie versucht vielmehr demokratische Freiräume gerade dafür zu nutzen, die rechtsstaatliche Demokratie letztendlich abzuschaffen. Dies immer wieder durch Ausgrenzung und Entlarvung deutlich zu machen, das ist eine Aufgabe aller demokratischen Parteien. Wichtig ist es auch in Vereinen und Verbänden vor Ort bspw. im Sportverein oder bei der Feuerwehr, darauf hinzuwirken. Wer sich zu einer rassistischen Ideologie bekennt und elementare Menschenrechte missachtet, der sollte gesellschaftlich isoliert werden. Wer die Menschenrechte und die Verfassung ablehnt, wird nicht ausgegrenzt, sondern grenzt sich selber aus.

Konkret kann die Ausgrenzungsstrategie bspw. durch gemeinsame öffentliche Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus oder Veranstaltungen über Rechtsextremismus geschehen, mit denen alle demokratischen Parteien unter dem Motto „Bunt statt braun!“ Farbe bekennen. Auch ein „aktives Ignorieren“ durch Verlassen des Raumes bei NPD-Redebeiträgen in Kommunalparlamenten kann im Einzelfall durchaus ein symbolisch wirkungsvolles Zeichen sein, wenn es von allen demokratischen Fraktionen gemeinsam durchgeführt wird und der Anlass angemessen ist. Allerdings besteht die Gefahr, dass ein solcher Umgang sich auf Dauer abnutzt und sogar den

Eindruck einer sprach- und wehrlosen Demokratie erwecken kann. Unseres Erachtens ist es daher besser, eine kurze pointierte, aber klare Gegenrede zu halten, wenn Rechtsextreme versuchen, ein Parlament zu reizen. Denn auch die Außenwirkung muss man sich immer vergegenwärtigen: Welche Botschaft wird durch Diskussionsverweigerung transportiert? Sprachlosigkeit? Argumentationsnöte? Es ist politisch effektiver den Rechtsextremismus zu demaskieren und zu widerlegen, statt das Feld zu räumen.

Langfristig am erfolgversprechendsten ist eine konsequente Entlarvungsstrategie, die darauf abzielt, Beiträge der NPD nicht nur gründlich zu analysieren, sondern auch die dahinter stehende Ideologie aufzuzeigen und die Argumente der Rechtsextremen zu widerlegen. Da eine solche gründliche Entlarvung eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus erfordert, ist es hilfreich, mit zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und entsprechenden Beratungsstellen zusammenzuarbeiten. Wir haben in diesem Reader eine Reihe von Initiativen, Programmen und Broschüren aufgelistet, die jeweils gute Tipps im praktischen Umgang mit Rechtsextremismus geben.

3. d) Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen

Rechtslage

Es gehört zur Strategie des gegenwärtigen Rechtsextremismus, dass regelmäßig in verschiedenen Städten „demonstriert“ wird. Dabei wird verstärkt auf sozial- und wirtschaftspolitische Themen Bezug genommen und diese in dümmlich populistischer Weise aufgegriffen. So spielt sich die NPD gerne als Retter der RentnerInnen und sozial Benachteiligten auf und demonstriert gegen „Rentenklaue und Sozialabbau.“ Wie demgegenüber ein zukunftssicheres Rentenkonzept (ohne Zuwanderung) aussieht, kann uns die NPD natürlich nicht verraten. Ein strategisches Grundprinzip der NPD ist das Konzept: Kampf um die Straße – Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente. Die gezielten Provokationen von Rechtsextremisten in Städten und Gemeinden sind schwer zu ertragen. Vor allem, weil bewusst und gezielt historisch sensible oder belastete Orte oder Denkmäler verunglimpft und beleidigt werden sollen.

Die Versammlungsfreiheit (Demonstrationsrecht) ist ein Grundrecht und gerade als Antwort auf die nationalsozialistische Terrorherrschaft ein hohes Gut in einer Demokratie. Die politische Folge von rechtsextremen Provokationen darf nicht die Beschneidung der eigenen Grundrechte sein; genau das wäre ein gefährlicher rechtsextremer Erfolg. Die Grünen waren immer eine demonstrations- und versammlungsfreundliche Partei. Nicht zuletzt, weil wir selbst als außerparlamentarische Bewegungspartei gestartet sind und Versammlungsverbote und Behinderungen stets beklagt haben. Das hart erstrittene Versammlungsrecht darf nicht der rechtsextremen Provokation geopfert werden. Grundrechte gehören in einer Demokratie auch den populistischen Provokateuren, den rassistischen Politpsychopathen und den ewiggestrigen Geschichtsklitterern. Das ist manchmal schwer auszuhalten und muss dennoch akzeptiert werden. Allerdings kann die Genehmigungsbehörde für rechtsextreme Demonstrationen eine Reihe von Auflagen machen und zum Beispiel die Route vorgeben oder zumindest stark eingrenzen. Das Versammlungsgesetz ist u.a. auch im Internet zu beziehen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist allerdings in vielen Urteilen liberal bzw. versammlungsfreundlich. Davon profitiert leider auch die NPD.

Seit 2005 ist der Straftatparagraph der Volksverhetzung erweitert worden. In § 130 StGB heißt es nun u.a.: *„Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.“* Wenn in einer Versammlung entsprechende Straftaten praktiziert werden, kann die Polizei die Demonstration auflösen. Auch ein polizeilicher Notstand kann der Grund für eine Demonstrationsauflösung sein. Dieser ist dann gegeben, wenn eine friedliche Demonstration nicht mehr gewährleistet ist und eine nicht mehr beherrschbare Eskalation zu befürchten ist. Eine Gegendemo sollte es hierauf nicht anlegen, denn erstens können dabei Menschen zu Schaden kommen und zweitens leidet die eigene Legitimation bei Gewaltanwendungen durch Gegendemonstranten.

Zivilgesellschaftliche Gegenwehr

Sobald bekannt wird, dass ein rechtsextremer Aufmarsch droht, sollten alle zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte mobilisiert werden. Von Gewerkschaften über Parteien, Kirchen, Vereine, Uni-Gruppen, Naturschutzverbände, Unternehmen bis hin zu Schulen kann man breite bunte Bündnisse gegen rechtsradikale Umtriebe mobilisieren. Gemeinsame Aktivitäten gegen Naziaufmärsche können eine Stadt zusammenschweißen, wenn die politische Klammer breit gezogen wird. Offenheit und Transparenz sollten die Gegenbewegung auszeichnen – Sektierertum und Rechthaberei sind kontraproduktiv und spielen nur den Extremisten in die Hände. Die verschiedenen Institutionen und Organisationen können zur öffentlichen Stellungnahme ermuntert werden: Leserbriefe, Pressemitteilungen und öffentliche Anzeigen. Eine Stadt sollte möglichst breit ihren Widerstand gegen Rassismus und Gewalt zeigen.

Als Gegenmotto wählt man am besten einen positiven Slogan wie: „Für Demokratie und Menschlichkeit“ oder „Bunt statt Braun“. Damit kann sich die Kommune trotz des rechtsextremen Aufmarsches in positivem und weltoffenem Licht zeigen. Eine erfolgreiche Gegendemonstration sollte gewaltfrei und friedlich ablaufen. Friedliche Sitzblockaden können ein wirkungsvoller Protest gegen Aufmärsche von Neonazis sein. Gewaltaktionen dagegen rufen nur Gegengewalt hervor und verschrecken viele Bürgerinnen und Bürger, die vielleicht auch ihren Protest zeigen möchten. Zudem dominieren gewalttätige Auseinandersetzungen und brennende Barrikaden jede mediale Berichterstattung und drängen meistens den kreativen, friedlichen und phantasievollen Widerstand in den Hintergrund. Also: Immer die Medienlogik in die Planungen mit einbeziehen.

Noch ein Wort zur Polizei: Die Staatsgewalt hat bei Nazi-Demos einen schwierigen und undankbaren Job. Es gilt sich zu vergegenwärtigen, dass die Polizei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützt und nicht explizit die Rechtsradikalen. Jede angemeldete Demonstration hat das verfassungsgemäße Recht auf eine ordentliche Durchführbarkeit, ggf. unter polizeilicher Sicherung. Nur wenn es Hinweise auf Straftaten aus der Versammlung gibt, kann die Polizei die Demonstration auflösen. Es macht wenig Sinn, sich an den Ordnungshütern abzuarbeiten und ihnen politische Nähe zum Rechtsradikalismus zu unterstellen. Das stimmt in den allermeisten Fällen nicht. Auch der Polizei passt es nicht, Rechtsradikale schützen zu müssen. Eine Demonstration gegen Rechtsradikalismus sollte sich daher auf die Rechtsradikalen konzentrieren und nicht auf die Polizei. Selbstredend kann und sollte man sich gegen

polizeiliche Willkür, Überreaktionen und ungerechtfertigte Repression wehren. Als Grundprinzip gilt auch hier: Ruhig und sachlich bleiben, einen kühlen Kopf bewahren und am Besten die Situation deeskalieren. Sinnvoll ist es, schon im Vorfeld einer Gegendemo bei rechtsradikalen Aufmärschen mit der Polizei zu sprechen und damit auf beiden Seiten Vertrauen zu schaffen.

Ratsresolution

Im Kommunalparlament sollte bei Gefahr von rechtsextremen Aufmärschen versucht werden, eine gemeinsame parteiübergreifende Resolution gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu verfassen und zu verabschieden. In Niedersachsen wurde das bereits von vielen verschiedenen Kommunen praktiziert. Beispielhafte Resolutionen können beim Grünen Kommunalreferat abgerufen werden.

3. e) Umgang mit rechtsextremen Parteitag

Die Ankündigung von Parteitagen der NDP und DVU stellt jede Kommune vor besonders hohe und schwierige Anforderungen. Vor allem öffentliche oder auch private Hallen, in denen schon Parteitage demokratischer Parteien abgehalten worden sind, können den Rechtsextremen nicht ohne juristische Probleme verweigert werden. Mehrfach haben sich die Rechtsradikalen in Veranstaltungsorte erfolgreich eingeklagt.

Eine gute und vorausschauende Strategie ist das Blockieren von Veranstaltungsorten durch eigene Aktivitäten, wenn eine rechtsextreme Propagandaschau droht. Öffentliche Kulturzentren können bspw. durch einen „Tag für Demokratie und Courage“ besetzt werden. Damit hat die Stadt Oldenburg einen NPD-Landesparteitag verhindert. Die öffentliche Gegenveranstaltung war ein voller Erfolg.

Der Stadt- oder Gemeinderat kann in seinen Nutzungsbedingungen für öffentliche Liegenschaften spezielle Grundsätze und Prinzipien aufstellen, die eine Nutzung durch Rechtsextreme erschweren. Z.B. kann die Nutzerbestimmung fordern, dass Parteien und Vereine, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, keinen Zugang haben. Das sicherste Mittel ist allerdings ein Verbot für alle politischen Parteien. Damit ist man auf der sicheren Seite, allerdings mit dem zweifelhaften Effekt, auch seine eigenen demokratischen Veranstaltungen um einen Auftrittsort beschnitten zu haben.

Vor allem in ländlichen Regionen halten die Braunen ihre Versammlungen gerne auch in Wirtshäusern und privaten Veranstaltungssälen ab. Rein rechtlich ist dagegen wenig zu machen, da nach den Grundsätzen der Vertragsfreiheit jede und jeder seine Geschäfte machen darf, solange diese gesetzlich erlaubt sind. Es macht allerdings Sinn, an potenzielle VermieterInnen der Rechtsextremen zu appellieren, dies nicht zu tun. Manchmal reicht einfache sachliche aber konsequente Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, indem man die Programmatik der Rechtsextremen verdeutlicht. Effektiv ist es, wenn sich verschiedene regionale Einflussgrößen wie Bürgermeister, Pastor oder Vereinsvorsitzende an den potenziellen Vermieter wenden und von verschiedenen Seiten Überzeugungsarbeit geleistet wird.

Das letzte Mittel ist Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit durch Flugblätter, wenn keine Einsicht zu erwirken ist. Boykottdrohungen sind sicher Ultima Ratio. Eine weite-

re Möglichkeit ist ein positiver Anreiz, indem man verspricht, die nächste Versammlung / Party in dem entsprechenden Objekt abzuhalten.

4. Konzepte gegen Rechtsextremismus

4. a) NPD-Verbot – ja oder nein ?

Die Diskussion für und wider ein NPD-Verbotsverfahren ist mit guten Gründen ein politischer Dauerbrenner. Es gibt eine ganze Reihe von Argumenten, die sowohl dafür, aber auch gegen ein Verbot sprechen. Die NPD ist hinsichtlich ihrer Struktur, Programmatik und Ziele sicher eine verfassungsfeindliche Partei. Allein der mehr oder weniger offen vertretene Rassismus und Antisemitismus widerspricht der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes. Insofern ist rein formaljuristisch ein erneutes Verbotsverfahren legitim. Allerdings sind die Hürden für ein Parteiverbotsverfahren nach Artikel 21 GG und der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes hoch: Nachgewiesen werden muss nach Vorgabe des Gerichtes eine aggressiv-kämpferische Haltung der Partei. Um diesen Nachweis zu führen, reichen weder die Lektüre des NPD Wahl- oder Parteiprogramms aus, noch die Beobachtung von Neonazi-Demonstrationen. Denn die NPD hat eine Reihe von juristischen Beiständen und achtet penibel darauf, die Verbotshürden nicht zu überschreiten. Um die verfassungsfeindlichen Absichten der Partei, insbesondere der Führungszirkel und Kader zu ermitteln, muss die NPD unter Beobachtung gestellt werden. Hier wiederum hat das Verfassungsgericht gefordert, dass V-Leute des Verfassungsschutzes während des Verbotsverfahrens abgezogen werden müssen. Keine leichte Aufgabe, die das Gericht für ein erfolgreiches Verbot gestellt hat.

1. Für ein Verbot sprechen die Auflösung einer parlamentarischen Basis in den Ländern und der Entzug von Steuergeldern. Die Ausstattung der rassistischen und gewaltverherrlichenden Partei mit öffentlichen Mitteln ist besonders schwer zu ertragen. Die NPD selbst offenbart in dem ihr eigenen militärischen Duktus, dass sie die Mitgliedschaft in den Landtagen als Brückenköpfe nutzen will, um, wie es der Vorsitzende Voigt sagt, „die Bundesrepublik abzuwickeln.“ Damit ist eine Grundsatzfrage seit dem Scheitern der Weimarer Republik berührt: Wie viel Freiheit für die Feinde der Freiheit? Die Bundesrepublik sollte als wehrhafte Demokratie nicht einem erneut aufflammenden Extremismus zum Opfer fallen.
2. Ein weiteres Verbotsargument ist das klare Signal eines wehrhaften demokratischen Staates, das durch ein Verbot ausgesandt würde. Mitläufer, heimliche Sympathisanten und spießige Opportunisten lassen sich von staatlichen Verboten beeindrucken. Insofern würde ein Verbot der Partei eine bestimmte Unterstützergruppe und ein gewisses Quantum an ProtestwählerInnen entziehen.
3. Ein drittes starkes Argument für ein Verbot ist das Signal an Opfer und Verfolgte von Neonazis. Das Grundgesetz schützt die Würde des Menschen, garantiert die Freiheit der Person und garantiert den Schutz des Lebens. Alle diese Grundrechte werden von Rechtsextremen bedroht. Menschen, die von den Extremisten eingeschüchtert, angegriffen und verletzt werden, haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf wirksamen Schutz durch den Staat. Ein NPD-Verbot erreicht das zwar nicht umfänglich, weil es danach weiterhin Rechtsextreme geben wird, aber es sendet doch das deutli-

che Signal aus, dass parteipolitischer Rassismus und Menschenfeindlichkeit durch den Staat nicht akzeptiert werden.

Indessen spricht auch viel gegen ein Verbot:

Das Hauptargument lautet, dass mit einem NPD-Verbot das rechtsradikale Gedankengut nicht ansatzweise verschwinden wird. Der Rassismus und die Gewalt leben in den Köpfen der Rechtsradikalen weiter. Sie werden sich schnell eine neue politische Heimat suchen, entweder durch eine Parteineugründung oder durch einen kollektiven Übertritt in die DVU oder eine andere rechtsextreme Splittergruppe. Dieses Katz- und Mausspiel kann dann erneut durchgeführt werden. Allerdings dauern Parteiverbotsverfahren lange. Nicht wenige Sozialwissenschaftler und Politologen vertreten die These, dass gerade das Verbot einer hohen Zahl rechtsextremistisch ausgerichteter Vereine (nicht Parteien!) in den 1990er Jahren erst zu der drastischen Aufwertung der NPD beigetragen hat. Insgesamt wurden seit 1990 15 rechtsextremistische Organisationen nach Artikel 9 GG verboten. Der rechtsextreme Kern konnte mit diesen Verboten nicht ausgetrocknet werden. Dieser berücksichtigt nämlich die Verbotgefährdung und entwickelt immer differenziertere Instrumente um einem erneuten Verbot zu entgehen. Verbote rufen eine Art rechtsextremistischer Evolution hervor. Es entstehen immer neue und manchmal schwer zu kontrollierende Organisationsstrukturen wie z.B. die gefährlichen freien Kameradschaften. Nachhaltige Wirkung gegen rechtsextremes Gedankengut hat daher nur eine wirksame Aufklärung und demokratische Überzeugung aus der Mitte der Gesellschaft. Diese zu erzielen und zu erarbeiten ist mühseliger und aufreibender als eine Verbotsforderung. Wer aber Rechtsextremismus an der Wurzel bekämpfen will, muss überzeugen, statt verbieten.

Staatliche Verbote entlassen im Übrigen die Zivilgesellschaft aus der Verantwortung. Statt eigenes bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln und Demokratie und Toleranz zu leben, soll sich der Staat um das lästige NPD-Problem kümmern. Aber eine Demokratie beweist ihre Stärke, ihre Stabilität und Wehrhaftigkeit, wenn sie das rechtsradikale Problem ohne Verbote löst und für gesellschaftliche Probleme überzeugende und tragfähige Lösungen entwickelt. Gerade die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kann die Bürger politisieren. Die Stabilität und die zivilgesellschaftliche Kraft einer Demokratie zeigen sich dann, wenn sie ernsthaft auf die Probe gestellt werden. Schönwetter-Demokratien sind einfach – im Sturm von Globalisierung, Klimawandel und Extremismus wird es komplizierter.

Offene oder heimliche Sympathie und Unterstützung für rechtsextremistische Parolen weisen im Übrigen auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen hin, denn keine extremistische Entwicklung entsteht im luftleeren Raum. Die verbreitete Ausländerskepsis und die beängstigend zunehmende Ausländerfeindlichkeit zeigen ein massives Integrationsdefizit an. Diese Probleme müssen durch eine integrative Bildung, durch Sprachangebote, durch Qualifizierungsmaßnahmen und durch Aufklärung behoben werden. Das Verbot einer rechtsextremen Partei verschleiert diese Fehlentwicklungen, anstatt sie politisch zu bearbeiten.

Fazit

Derzeit planen weder Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung ein erneutes NPD-Verbot. Allerdings muss die Partei weiter intensiv beobachtet werden. Falls sich die heute schon vorhandene Gewaltorientierung weiter steigert und die NPD immer

stärker den öffentlichen Raum für Minderheiten durch Drohungen unzugänglich macht, darf auch eine neue Verbotsdebatte kein Tabu sein. Das Parteienverbot ist und bleibt Ultima Ratio in einer streitbaren Demokratie. Allerdings bekämpfen Verbote immer nur Symptome, Auswüchse und Manifestationen von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Die Ursachen werden damit nicht beseitigt.

4. b) Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus

Viele Bürgerinnen und Bürger setzen sich auf unterschiedlichen Wegen und mit vielen Mitteln für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus ein. Das kann über multikulturelle Vereinsarbeit, Straßenfeste, Kulturprojekte, Musikveranstaltungen und Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus im Internet geschehen.

Bundesprogramm: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Die Bundesregierung hat unter Federführung des Bundesfamilienministeriums nach langem Hin und Her neue Fördergelder gegen Rechtsextremismus bewilligt. Das Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ist mit 19 Millionen Euro ausgestattet.

Die Förderschwerpunkte und Modalitäten können unter <http://www.jugendstiftung-vielfalt.org> eingesehen werden. Das Konzeptpapier ist ebenfalls dort einsehbar. Laut Darstellung auf der Seite des Familienministeriums ist die Antragsfrist für 2007 bereits abgelaufen. Aus Niedersachsen haben sich 25 Projekte beworben, wovon aber nur maximal drei den Zuschlag bekommen werden. Bereits bewilligt wurden Zuschüsse für die Region Nienburg / Verden. Unter <http://www.wabe-info.de> kann das Projekt eingesehen werden. Verantwortlich vor Ort ist Rudi Klemm, der in Sachen Rechtsextremismus viele Tipps und Beratung geben kann und sicherlich auch als Referent für Veranstaltungen zur Verfügung steht. klemm@wabe-info.de

Unklar ist, ob für 2008 neue Anträge an das Bundesprogramm gestellt werden können. Das hängt einerseits davon ab, wie sich das rechtsextremistische Problem entwickelt und andererseits wahrscheinlich auch von der allgemeinen Haushaltslage. Es macht Sinn, sich spätestens im Herbst mit den Fördermodalitäten vertraut zu machen und ggf. rechtzeitig neue Anträge zu schreiben. Interessierte müssen daher regelmäßig auf die entsprechende Homepage schauen: www.jugendstiftung-vielfalt.org und sich rechtzeitig informieren. Seitens der Landesregierung fungiert Gerhard Bückner vom Landespräventionsrat als Ansprechpartner. Bückner ist der Leiter der Clearing-Stelle zur Prävention von Rechtsextremismus in Hannover und ist per E-Mail unter gerhard.buecker@mj.niedersachsen.de oder telefonisch unter 0511-120-5259 zu erreichen.

ARUG Niedersachsen

In Niedersachsen macht die Braunschweiger Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt professionelle Aufklärungs- und Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Die ARUG (www.ARUG.de) berät in allen Fragen rund um das Thema. Der Leiter Reinhard Koch ist ein hervorragender Kenner der rechtsextremen Szene in Niedersachsen. Die ARUG bietet auf ihrer Homepage vielfältige Bildungsmaterialien an und gibt auch praktische Tipps im konkreten Umgang mit Rechtsextremisten. Z.B. kann die Broschüre „Streiten mit Neonazis? Umgang mit öffentlichen Auftritten von

Rechtsextremisten“ heruntergeladen werden. Reinhard Koch steht evtl. auch für Veranstaltungen zur Verfügung.

Arpos-Institut

Das Arpos-Institut ist eine interdisziplinäre Forschungs- und Evaluierungsinstitution in Hannover, die unterschiedlichste Formen von Gewalt- und Konfliktsituationen untersucht und Akteure berät. Auf der Homepage www.arpos.de kann u.a. der Bericht der Begleitforschung zum Teilprojekt "Schülerqualifikation als Präventionsstrategie und Schülermultiplikatoren gegen Rechtsextremismus" heruntergeladen werden.

Lidice-Haus Bremen

Das LidiceHaus ist eine Bildungsstätte in Bremen-St. Magnus. Es bietet ein vielfältiges Programm für Jugendliche und für MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit. Das Lidice-Haus arbeitet zu Mädchen- und Jungenidentität, Entwicklungsprozessen einer bedarfsgerechten Jugendarbeit, Rechtsextremismus und Gewalt, Drogen und Sucht und führt interkulturelle Begegnungen durch. Infos unter www.lidicehaus.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

Der LPR berät und unterstützt in allen kriminalpräventiven Angelegenheiten. Vor allem wenn lokale Bündnisse gegen Rechts gegründet werden sollen oder der regionale Rechtsextremismus durch Präventionsräte bekämpft werden soll, kann der LPR wertvolle Ratschläge und Unterstützung geben. Unter www.landespraeventionsrat.de ist er zu finden. Verantwortlich für den Bereich Rechtsextremismus ist Gerhard Buecker: gerhard.buecker@mj.niedersachsen.de

Aussteigerhilfe Rechts

Im niedersächsischen Justizministerium ist die „Aussteigerhilfe Rechts“ angesiedelt. Rechtsradikale, die sich aus der Szene loslösen wollen, können sich dort anonym beraten lassen. Qualifizierte Sozialpädagogen, die über Erfahrung im Umgang mit der Neonazi-Szene verfügen, betreuen Straftäter, die in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten einsitzen, zu Geldstrafen verurteilt wurden oder der Bewährungshilfe unterliegen. Mehr unter www.mj.niedersachsen.de

Schule ohne Rassismus

Dieses bildungspolitische Projekt ist eine tolle und nachahmenswerte Idee, um das Thema Zivilcourage und Rassismus in Schulen projektorientiert zu thematisieren. Es wird von prominenten Paten aus Kunst, Kultur, Sport und Politik unterstützt. Durch die Festlegung von Grundsätzen und Prinzipien können sich Schulen als „Schule mit Courage“ bezeichnen. Unter <http://www.schule-ohne-rassismus.org> gibt es die Beschreibungen. Leider wird das Projekt in Niedersachsen durch die Landesregierung in keiner Weise finanziell unterfüttert.

Literatur und Broschüren

Spätestens seit den 1990er Jahren gibt es eine erneute umfangreiche akademische und auch populärwissenschaftliche Beschäftigung und damit Literatur zum Thema Rechtsextremismus. Wir wollen hier nicht alles erschöpfend aufführen, sondern in erster Linie leserInnenfreundliche und handlungsorientierte – sprich praktische – Publikationen aufzählen. Vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung können ein paar sehr gute Bücher kostenlos bezogen werden.

Literatur

1. Schubarth / Stöss: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung 2000. Sehr gutes Buch – viel Theorie – viel Hintergrund – viel Information.
2. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel. Friederich Ebert Stiftung 2005. Gleicher Autor – gleiche Qualität – erschreckende Befunde.
3. Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München 1999. Ebenfalls lesenswert und anspruchsvoll.
4. Decker: Der neue Rechtspopulismus. Wiesbaden 2003. Eine Darstellung des europaweit erstarkenden Rechtspopulismus. Sehr akademisch gehalten, aber trotzdem gut.
5. Staud: Moderne Nazis. Bundeszentrale für politische Bildung. Ein sehr gutes Buch – keine wissenschaftliche Arbeit, sondern der lesenswerte Befund eines guten Journalisten über die moderne NPD – unbedingt bei der BpB bestellen.
http://www.bpb.bund.de/publikationen/L2QCPP,,0,Moderne_Nazis.html
6. Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder – meist gute Darstellungen über Erscheinungsform, Entwicklungen und Ausblick von allerlei Extremisten. Kostenlos zu bestellen auf den entsprechenden Homepages der Verfassungsschutzämter.
<http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>
7. Die NPD Fraktion im sächsischen Landtag – Strategie und Ideologie – Herausgegeben von Bündnis90/ Die Grünen in Sachsen. Kann dort kostenlos bestellt werden.
8. Klärner / Kohlstruck: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Jugendpolitisch ausgerichtet und gut. Auch kostenlos bei der BpB unter http://www.bpb.de/publikationen/KZRYD1,,0,Moderner_Rechtsextremismus_in_Deutschland.html zu bestellen.
9. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 42/2005): Rechtsextremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. 2005. Leider vergriffen, aber einsehbar unter <http://www.bpb.de/publikationen/CH0A6G,,0,Rechtsextremismus.html>
10. Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns – Institut für Politikwissenschaft der Uni Greifswald, online zu lesen unter: http://www.hubertus-buchstein.de/Die_NPD_in_den_kommunalen_Parlamenten_Mecklenburg-Vorpommerns.pdf

Praktische Broschüren

1. „Streiten mit Neonazis? Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten“ Sehr praktische Broschüre, zum herunterladen bei www.arug.de
2. „Tu was gegen rechts – Was Kommunalos wissen sollten“ Praktische Tipps von den FreundInnen der alternativen Kommunalpolitik Sachsen e.V. www.daksev.de
3. „Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus“ Broschüre der grünen Europa-Abgeordneten Elisabeth Schroedter, zum Download unter: http://www.elisabeth-schroedter.de/meine_themen/europa/broschueren.htm
4. „Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile“ Kompakte Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung, derzeit vergriffen, sonst zu bestellen

unter:

http://www.bpb.de/publikationen/3STJZH,,0,Argumente_gegen_rechtsextreme_Vorurteile.html

4. c) Zivilgesellschaftliche Gegenwehr – niedersächsische Fallbeispiele

Wo auch immer Rechtsradikale versuchen mit ihrer menschenverachtenden Propaganda Fuß zu fassen, ist eine breite zivilgesellschaftliche Gegenwehr ein gutes Mittel, um dies zu verhindern. So unterschiedlich das Auftreten der Rechtsextremen sein mag, so vielfältig sind auch die Möglichkeiten der Gegenwehr. Es ist klar, dass es innerhalb breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse unterschiedliche Meinungen darüber geben kann, welches der beste Weg im Kampf gegen Rechtsradikalismus ist. Daher ist es wichtig, innerhalb der Bündnisarbeit einerseits gemeinsame Grundsätze zu formulieren und einen Konsens über die Zielsetzung der Zusammenarbeit zu finden, aber andererseits auch die Vielfalt der Bündnispartner zu akzeptieren.

Wangersen

Die Geschehnisse in der kleinen Gemeinde Wangersen im Landkreis Stade, der zu den Schwerpunktregionen der NPD-Aktivitäten in Niedersachsen zählt, zeigen, wie einer Etablierung von NPD-Veranstaltungen in solchen Orten entgegenwirkt werden kann. Nachdem die NPD eine Veranstaltung in der örtlichen Gaststätte angemeldet und dafür mit Thomas Wulff einen der führenden Parteikader in die niedersächsische Provinz eingeladen hatte, formierte sich Protest. Ein Bündnis, bestehend aus mutigen AktivistInnen der GRÜNEN JUGEND, Jusos, VVN/BdA, Antifas, Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen und BürgerInnen vor Ort, hielt eine Mahnwache vor der Gaststätte ab. Die Neonazis konnten somit nicht in Ruhe tagen, sondern sahen sich dem Protest von GegendemonstrantInnen und der Beobachtung durch Presse und Polizei ausgesetzt. Der zivilgesellschaftliche Protest und die damit geschaffene öffentliche Aufmerksamkeit sorgten dafür, dass der Wirt der Gaststätte sich dazu entschloss, seine Lokalität nicht mehr an die NPD zu vermieten. Daraufhin mussten die Neonazis alle weiteren geplanten Veranstaltungen ausfallen lassen.

Der Fall Delmenhorst

Ein großes Medienecho lösten im vergangenen Jahr die Meldungen aus, der Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger wolle ein leer stehendes Hotel in Delmenhorst kaufen, um daraus ein Schulungs- und Veranstaltungszentrum für die rechtsextreme Szene zu machen. Rieger, der auch Mitglied des NPD-Bundesvorstands ist, stand in Verhandlungen mit dem sonderbaren Hotelier Günter Mergel, woraufhin sich in Delmenhorst ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den drohenden Hotelverkauf an Neonazis bildete. Nach monatelanger öffentlicher Debatte kam es schließlich zum Hotelkauf durch die Stadt, der durch enorme Spenden von Bürgerinnen und Bürgern (insgesamt ca. 1 Mio €), einen haushaltspolitischen Kraftakt sowie die finanzielle Beteiligung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft realisiert wurde. Zivilgesellschaftlich war die Aktion ein großer Erfolg. Die Stadt, ihre Bürgerinnen und Bürger, viele Vereine und Initiativen haben mit viel Kreativität, Mut und Durchhaltewillen gezeigt, dass Rechtsextremisten dort unerwünscht sind. Allerdings müssen auch kritische Gedanken hinsichtlich des Immobilienkaufes erlaubt sein. So hat bspw. der SPIEGEL berichtet, dass die Rechtsextremen mit ihren Ankündigen zum Immobilienerwerb die

Preise für verlotterte Gebäude in die Höhe treiben und mit den Verkäufern anschließend fragwürdige Geschäfte machen, wenn ein überdurchschnittlich hoher Preis erzielt wurde. Den Ankündigungen von Rechtsradikalen, Schulungszentren errichten zu wollen, ist mit Skepsis zu begegnen, da sie fast wöchentlich zu hören sind. Es kann nicht sinnvoll sein, dass Zivilgesellschaft und Staat gemeinsam aus Angst vor Rechtsextremen zu hohe Preise für Immobilien zahlen und sich Verkäufer und NPD anschließend den „Zugewinn“ teilen. Hier muss die Gesellschaft sehr wachsam sein, um nicht in die rechtsextreme Falle zu tappen, sonst können gutgemeinte Spenden das Gegenteil vom dem bewirken, was sie beabsichtigen. Daher ist ein unabhängiges Beratungs- und Aufklärungszentrum gegen rechtsextreme Umtriebe absolut notwendig, um Kommunen, Initiativen und Vereinen in ihrem Kampf gegen Rechtsradikalismus professionell zur Seite zu stehen.

Die Stadt Verden und der Heisenhof

Eine bedeutende Rolle in der Diskussion über Strukturen der rechtsextremen Szene in Niedersachsen spielt der Heisenhof in Dörverden (Landkreis Verden). Diese ehemalige Bundeswehrliegenschaft wurde 2004 durch Jürgen Rieger erworben und sollte zu einem rechtsextremen Schulungs- und Veranstaltungszentrum ausgebaut werden. Im Gegensatz zu Delmenhorst hat Rieger den Heisenhof allerdings klammheimlich über eine englische Kapitalgesellschaft (Limited) gekauft und keineswegs einen übersteuerten Preis gezahlt.

Dieses Vorhaben führte in der Region Verden zu Protesten, die von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aus Vereinen, Verbänden, Kirchen, Schulen, Parteien u.a., getragen werden. Ein eindrucksvolles Zeichen stellen die Dörverdener Sonntagsspaziergänge dar, bei denen bis zu 2.000 Menschen friedlich unter dem Motto: „Kein Nazizentrum, weder hier noch anderswo! Gegen Rassismus und Gewalt!“ demonstrieren. Die Stadt Verden hat während einer NPD-Demo in Verden den „Tag für Demokratie und Toleranz“ ausgerufen und sich das Motto „Verden ist bunt“ gegeben. Hier hat eine Kommune gezeigt, dass eine rechtsextreme Provokation positiv gewendet werden kann, indem die Stadt sich offensiv zu den Werten der Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie bekennt. Rechtsradikalismus gehört nicht ausgesessen und verschwiegen, sondern aktiv und mutig bekämpft.

Durch bau- und nutzungsrechtliche Auflagen konnte der Landkreis Verden das Wirken der Neonazis auf dem Heisenhof massiv einschränken. Die Kreisverwaltung hat hier hervorragend gearbeitet. Im März 2007 kam es dann aus juristischen Gründen erfreulicherweise zur Räumung des Heisenhofes, weil Rieger keine Geschäftsberichte seiner obskuren Limited in England an die Behörden eingereicht hat. Derzeit steht der Heisenhof unter einem treuhänderischen Nachlassverwalter. Die Rechtsfragen über die weitere Nutzung sind ungeklärt.

4. d) Nachhaltige Konzepte gegen Rechtsextremismus – Demokratie neu lernen

Demokratie und Menschenrechte sind in der Menschheitsgeschichte junge Errungenschaften. Bis auf die kurze Phase der griechischen Halbdemokratie, in der Sklaverei erlaubt war und Frauen keine Mitsprache hatten, waren die Herrschaftssysteme der verschiedenen Völker und Länder autokratisch und ohne Legitimation durch die Beherrschten. Der Herrschaftsanspruch wurde durch Erbfolge oder von Gottes Gna-

den abgeleitet und nicht durch einen demokratischen Mehrheitsentscheid. Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechte mussten den Mächtigen in einer zähen und blutigen Auseinandersetzung abgerungen werden. Erst seit 1789 setzen sich Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Kontrolle immer stärker durch. Die Demokratie ist unter historischen Gesichtspunkten eine sehr junge Regierungsform und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass sie damit automatisch Ewigkeitscharakter besitzt. Vielmehr muss Demokratie als anspruchsvolles und komplexes Herrschaftsprinzip in jeder Generation neu gelernt werden.

Die sozialwissenschaftliche Forschung geht davon aus, dass es in den Industriestaaten bis auf weiteres rechtspopulistische bis rechtsextremistische Milieus und Unterstützerkreise geben wird. Rechtsnationale Bewegungen gibt es derzeit in vielen europäischen Staaten: Von Italien über Belgien bis nach Frankreich, Polen und Skandinavien sind vielfältige rechtspopulistische Strömungen zu verzeichnen. Teilweise sind oder waren rechtskonservative Parteien sogar mitbeteiligt an verschiedenen Regierungen (Österreich, Italien, Dänemark). Es wäre naiv zu glauben, dass die rechtsnationalen Bewegungen wieder von alleine verschwinden werden. Vielmehr gibt es Gründe, anzunehmen, dass es zu einer verstärkten Zunahme rechtsnationaler Bewegungen kommen wird. Eine dynamische und ungesteuerte Globalisierung verursacht vielfach Ängste und Orientierungsverlust. Diese Entwicklung wird von Rechtsextremen ausgenutzt, um mit so billigen wie falschen Rezepten neue Unterstützer zu rekrutieren. Ein weiterer Abbau oder Umbau von sozialen Sicherungssystemen verstärkt vor allem die Ängste in der Mittelschicht vor einem ungesicherten Abstieg. Daher sind soziale Fundamente und Grundgewissheiten unabdingbar für eine stabile Demokratie. Durch die verwirrende Zunahme von komplexen Regelungen und einer gesellschaftlichen Unüberschaubarkeit gewinnen einfache und billige Rezepte an Attraktivität. Verschiedene Soziologen vertreten bereits die These, dass das 21. Jahrhundert aufgrund seiner globalen Problemlagen (Umwelt, Migration, Ökonomie) einen Rückfall in autoritäre Regime und Konzepte erfahren könnte.

Die wichtigste Antwort auf Extremismus und Gewalt lautet: Bildung, Bildung, Bildung

Vor allem das selektive Schulsystem in Niedersachsen muss schnellstmöglich abgeschafft werden. Die ausgegrenzten Haupt- und Förderschulen sind weder chancengerecht, noch zukunftstauglich. Die Hauptschule produziert Verliererbiographien. Viele SchülerInnen haben wenige Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Dadurch wird Frust und Aggression hervorgerufen. Mehrfach wurde das deutsche Schulsystem von vielen unterschiedlichen Fachleuten – zuletzt von der UNO – als ungerecht, diskriminierend und auch ineffizient bewertet. HauptschülerInnen sind nachweislich empfänglicher für rechtsextremistisches Gedankengut, weil ihnen rechtsextreme Gruppen scheinbar Anerkennung und Identität bieten. Minderwertigkeitsgefühle werden durch Größenwahn und Hassgewalt kompensiert.

Eine lange, gemeinsame Schule fördert hingegen das soziale Miteinander und nicht den Ausschluss. Stärkere und schwächere SchülerInnen profitieren voneinander, statt sich abzugrenzen. Deutsche und MigrantenInnen lernen gemeinsam und können im praktischen Miteinander Vorurteile abbauen. Die gemeinsame Schule ist das beste Integrationsprogramm. Demokratische Spielregeln, gegenseitiger Respekt und Akzeptanz werden gemeinsam gelernt und nicht getrennt voneinander. Die konstruktive und gewaltfreie Konfliktlösung muss in der Schule anfangen. Die Schule muss

neben Bildungsinhalten auch Anerkennung und Wertschätzung bei SchülerInnen vermitteln. Selbstbewusste und starke Kinder und Jugendliche sind weniger anfällig für rassistische Theorien und Gewalt gegen Schwächere.

Neben der gemeinsamen Schule brauchen wir eine viel professionellere Frühförderung und den Ausbau der Ganztagschule mit pädagogischem Konzept. Die Ganztagschule ist die Antwort auf Medienverwahrlosung, Jugendkriminalität und Perspektivlosigkeit. Sie muss individuell fördern und den SchülerInnen sinnstiftende Aktivitäten nahe bringen.

Außerschulische Bildung

Wir können nicht alles bei den Schulen abladen, auch andere Institutionen sind erzieherisch und bildungspolitisch gefordert. Neuere Studien haben herausgefunden, dass auch ältere Jahrgänge vor allem in ländlichen Regionen mit rechtsextremen Gedanken sympathisieren. Sinnvoll ist daher ein konzertierter Demokratie- und Bildungsimpuls von vielen verschiedenen Akteuren und Institutionen. Interkulturelle Verständigung müssen auch die Kirchen praktizieren, rassistisches Gedankengut muss in den Betrieben durch die Gewerkschaften thematisiert werden, Volkshochschulen müssen Demokratie vermitteln und nicht zuletzt die Parteien müssen sich weiter öffnen. Demokratie muss vor Ort erlebbar und erfahrbar sein: Durch Diskussionsveranstaltungen, durch Projekte und durch Möglichkeiten zur Partizipation.

Antirassistische (Jugend-) Arbeit

Im Kampf gegen Rechtsextremismus ist es wichtig, sich nicht nur abwehrend gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen, sondern auch offensiv für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einzutreten. Es gibt viele Möglichkeiten, diesen politischen Anspruch in der Realität umzusetzen. So sind bspw. Sportveranstaltungen im Sinne eines multikulturellen Miteinanders ein guter Weg dafür. Als beispielhaft können in diesem Sinne die antirassistischen Fußballturniere angesehen werden, die von der GRÜNEN JUGEND unter dem Motto „Fußball verbindet – Rechtsaußen bleibt draußen!“ veranstaltet werden. Hierbei kamen in den vergangenen Jahren Teams verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen (Türkischer Sportverein, internationale Studentenorganisationen, Flüchtlingsgruppen, politische Jugendverbände, u.a.) zusammen, um gemeinsam im Sinne des Fair Play Farbe zu bekennen. Die klassischen Straßenläufe und Stadtmarathons können in den Kommunen unter ein positives und verbindendes Motto gestellt werden. Auch Konzerte („Rock gegen Rechts“), die am besten in gesellschaftlichen Bündnissen organisiert werden können, sind eine gute Möglichkeit gerade junge Menschen für den Kampf gegen Rechtsradikalismus zu gewinnen. Die Kommunen müssen dafür Räume zu Verfügung stellen und auch die Sicherheit gewährleisten. Straßen- und Stadtfeste, Vereinsparties und öffentliche Festivitäten können unter ein gemeinsames, demokratisch verbindendes Motto gestellt werden.

Den Opfern eine Stimme geben

Opfer rechtsextremistischer Gewalt und Bedrohung brauchen unsere Unterstützung und Solidarität. Nichts ist schlimmer, als sich allein und hilflos zu fühlen, wenn man bedroht und verfolgt wird. Die Hilfe für von Rechtsextremismus bedrohten Menschen kann vielfältig sein. Von konkreten Begleitungen bei Ämtergängen und Behörden, bis

zu Solidaritätsbekundungen und einer guten Öffentlichkeitsarbeit. Wenn Menschen konkret von Rechtsradikalen angegriffen werden, immer sofort die Polizei rufen und wenn möglich mit anderen Leuten gemeinsam Schutz anbieten.

Unabhängiges Bildungs- und Beratungsinstitut

Essentiell und sinnvoll zur Eindämmung von Extremismus und Gewalt ist ein unabhängiges politisches Beratungsinstitut. Mehrfach haben wir für Niedersachsen eine entsprechende Institution gefordert, nachdem die Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung abgewickelt hat. Ein politisches Beratungsinstitut soll Kommunen und Organisationen aufklären, sensibilisieren und auch ganz praktisch beraten, wenn Rechtsextreme aktiv werden. Es soll Hilfestellung geben, wenn Neonazis Immobilien kaufen, Parteitage in Kommunen abhalten wollen oder an Schulhöfen ihre volksverhetzende Propaganda verteilen.

Teilhabegerechtigkeit in der Bürgergesellschaft statt Ausgrenzung

Jeder Mensch hat seinen Wert und seine Würde – auch jenseits von Fähigkeiten und Intelligenz. Unsere Gesellschaft muss die Kreativität, Kraft und Mittel aufbringen, Jeder und Jedem eine Chance zur Teilhabe zu gewährleisten. Das Gefühl gebraucht zu werden, etwas Sinnvolles zu tun und Anerkennung für das Geleistete zu bekommen, sind wichtige Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Extremismus. In einer aktiven und solidarischen Bürgergesellschaft wird Jede und Jeder gebraucht. Niemand ist überflüssig. Eine Kultur von Anerkennung und Respekt hat nichts mit Romantizismus und Kuschelpädagogik zu tun, sondern ist Voraussetzung für einen funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Politische Diskurse, die erwerbslose Menschen als faul stigmatisieren, sind genauso verwerflich, wie gängelnde Arbeitsagenturen. Auch die Unternehmen tragen eine sozialpolitische und nicht zuletzt demokratische Verantwortung für unser Gemeinwesen. Wer die Globalisierung fordert und vorantreibt, trägt auch Verantwortung für die dadurch entstehenden Verwerfungen und Nöte.

Mach Sachlichkeit – weniger Rituale in der Politik

Für Politikverdruss und die Abnahme von Vertrauen in die Demokratie gibt es viele Gründe. Die sachliche und faire Berichterstattung über Politik hat deutlich abgenommen. Heute herrscht ein hysterisches Grundrauschen nicht nur bei der BILD-Zeitung, sondern häufig auch in sog. Nachrichtenmagazinen. Eine mediale Folklore von Apokalypse und Panik ist weder konstruktiv noch produktiv. In Deutschland gibt es zuviel kurzatmige Empörungs- und Skandalisierungspolitik, statt sachlich aufzuklären und zu erläutern. Politik wie Medien beteiligen sich hieran gleichermaßen.

Politik muss sich in ihren Umgangsformen und oftmals destruktiven Ritualen und Verunglimpfungsriten selbst hinterfragen. Wie sollen Schüler und Schülerinnen Respekt und Anerkennung lernen, wenn die politische Auseinandersetzung eine Dauerschlammschlacht ist? Politischer Streit muss in der Sache hart, in der Form aber fair sein. Politische Versprechen müssen eingehalten werden, statt sie nach Wahlkämpfen sofort zu vergessen. Und schließlich sollte der Souverän – sprich das Volk – stärker aktiv in die Entscheidungen einbezogen werden.

Mehr Mitsprache – weniger Entmündigung

Politikmüdigkeit und Apathie entsteht durch das Gefühl von Ausgrenzung und Machtlosigkeit. Vielfach haben die Bürger den Eindruck, nur als Stimmvieh benutzt zu werden. Revitalisierend und demokratieförderlich sind daher mehr Bürgerbeteiligung und Plebiszite. Vom vereinfachten Bürgerentscheid in der Kommunalverfassung, über Bürgerhaushalte, Planungszellen und den großen Volksentscheid im Grundgesetz, existieren Instrumente und Verfahren, um Demokratie wieder erfahrbar zu machen. Gerne betonen vor allem die Konservativen die Eigenverantwortung jedes Einzelnen und meinen damit faktisch meist Sozialabbau oder Individualisierung von Lebensrisiken. Bei der Vergabe von politischen Rechten und Mitwirkungsmöglichkeiten aber misstraut man den Menschen. Demokratie lebt vom aktiven Mitmachen, von dem Gefühl etwas bewirken zu können und von dem Vertrauen in Menschen. Plebiszite sind eine Vitaminkur für die Demokratie, denn sie stärken Identifikation und Verantwortung und machen damit Demokratie stark und lebendig.

Fazit

Es gibt keine einfachen und schnellen Patentrezepte gegen Rechtsextremismus. Nur ein Bündel von verschiedenen Maßnahmen, Aktionen und Ideen hilft gegen Rassismus und Demokratieverachtung. Demokratische Überzeugungen und eine weltoffene und tolerante Einstellung müssen in jeder Generation neu gelernt werden. Viele Menschen und viele Institutionen sind hierfür verantwortlich. Von den Eltern, über Schulen, Vereine und Betriebe bis hin zu Parlamenten und Regierungen spannt sich der Bogen notwendiger und verantwortungsbewusster Akteure für eine lebendige Demokratie. Unabdingbar ist vor allem ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für diese Gesellschaft, denn Rassismus und Gewalt breitet sich überall dort aus, wo gesellschaftliche Apathie und wo Frust und Gleichgültigkeit herrschen. Es gibt indes keinen Grund zur Resignation. Die Zivilgesellschaft in unserem Land ist stark, aber sie braucht Unterstützung von Politik, Medien und jedem und jeder Einzelnen.

Rechtsextremistische Herausforderung

Grüne

Vom Umgang mit Demokratieverächtern

Tipps und Tricks gegen Rechts

Bei vielen Initiativen, Vereinen und Organisationen gibt es ein großes Bewusstsein für das rechtsextreme Problem in unserer Gesellschaft und das Bedürfnis, konkret etwas zu machen. Mit diesem Reader haben wir versucht, neben einigen theoretischen Teilen, vor allem ganz praktische Tipps und Handlungsanweisungen im Umgang mit Rechtsextremismus zu geben, damit unsere Gesellschaft bunt und solidarisch bleibt und nicht den Rassisten und Rassistinnen überlassen wird.

Hrsg. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Landtagsfraktion
Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4201
gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de
V.i.S.d.P. Ralf Briese
Mai 2007

